6. Jahrg. Nr. 194A

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pfg.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Sichel“.
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Seitendorf, Neu-Salzbrunn, Weißstein, Wüstegiersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 3gespalten oder deren Raum im Text 50 Goldpfennige

Montag, 29. Dezember 1924.

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2,40 Gm, wöchentl. 60 Pf. Einzeln, durch Straßenhdl. u. Kiosk 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 144 — Fernsprecher: Breslau, Ring 8887.

Schafft die rote Front in den Betrieben und Gewerkschaften!

Wählt nur revolutionäre Betriebsräte!

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

In den nächsten Monaten werden die deutschen Arbeiter ihre Betriebsräte wählen, die die Führung der Massen zum Kampf gegen das Kapital im Betrieb zu übernehmen haben. Von diesem Kampf, nicht von irgendwelchen Parlamentswahlen hängt das Schicksal der Arbeiterschaft ab. Und deswegen sind die Betriebsrätewahlen weit wichtiger, als die Wahlen des 7. Dezember.

Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch die Vollstreckung des Dawes-Paktes, der ein Teil der nationalen und internationalen Offensive des Kapitals gegen das Proletariat ist. Einheitlich und geschlossen führt die deutsche Bourgeoisie planmäßig den brutalen Kampf gegen die Arbeiter.

Weitere Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichzeitigen Massenentlassungen, besonders der revolutionären Arbeiter; weitere Kürzung der Reallöhne; noch schwerere Steuerbelastung der Werktätigen; Schutzzoll für Lebensmittel und Industriewaren; Beseitigung der spärlichen Betriebsräterechte; völlige politische Entrechtung der Arbeiter sind die Ziele dieser großangelegten und konsequent durchgeführten Kapitalsoffensive.

Der schändliche Justizterror gegen die Kommunistische Partei Deutschlands soll die Arbeiter ihrer Führer in den Kämpfen berauben, um sie wehrlos gegen ihre Unterdrücker zu machen. Mit der Freilassung einiger revolutionärer Gefangener aus den bayerischen Festungen bei gleichzeitiger Entlassung der Führer der Konterrevolution versucht die Bourgeoisie, ihre konterrevolutionäre Offensive zu verhüllen. Sie glaubt, die Arbeiter mit diesem Manöver davon abbringen zu können, für die Freilassung der 7000 revolutionären Gefangenen zu kämpfen.

Das Kapital hofft, seine Ziele um so leichter zu erreichen, als der Dawes-Pakt sich in einer wachsenden Wirtschaftskrise in Deutschland auswirken wird.

Die Niederlagen der deutschen Arbeiterschaft in den letzten Jahren haben die Bourgeoisie so frech gemacht, daß sie sich immer enger mit den Kapitalisten Amerikas, Englands, Frankreichs, Italiens und deren Vasallen zu einem

neuen Krieg gegen Sowjetrußland

verbündet. Das ist der Sinn der Eintrittsbestrebungen in den Völkerbund.

Das ist das inner- und außenpolitische Programm des am 7. Dezember gewählten Dawes-Reichstages und jeder Dawes-Regierung. Nochmals haben diese Wahlen bewiesen, daß von dem Parlamentarismus die Arbeiter nichts als die brutalste Unterdrückung zu erwarten haben und daß die Diktatur des Proletariats der einzige Weg zur Freiheit der Werktätigen ist. Gegen die neuen Unterdrückungsparlamente mit ihren Regierungen müssen die Werktätigen Deutschlands zum Kampfe rüsten.

Sieg oder weitere Versklavung der deutschen arbeitenden Massen hängen davon ab, daß **endlich die Arbeiter aus den Betrieben und Kontoren sich eng zusammenschließen zu einer einheitlichen Kampffront gegen alle ihre Feinde. Vor allem gilt es, dem gegen das Proletariat einheitlich und geschlossen vorgehenden Weltkapital**

eine einheitliche, zum Kampf entschlossene und fähige Gewerkschaftsbewegung entgegenzustellen.

Im internationalen Maßstab hat der Kampf der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung seine ersten Früchte gebracht. Die Bildung des **englisch-russischen Einheitskomitees zur Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit** in der Welt und in jedem Lande bedeutet einen großen Schritt vorwärts zu diesem Ziel.

Die Delegation der englischen Gewerkschaften, die unter Führung des Vorsitzenden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, A. A. Purcell, Rußland bereiste, mußte in begeisterten Berichten die ungeheuren Erfolge der Diktatur des Proletariats feststellen. Sie mußte feststellen, daß nach Jahren heroischen Kampfes gegen die ganze kapitalistische Welt die Lebenshaltung der russischen Arbeiter und Bauern sich von Tag zu Tag bessert, während das Elend der Arbeiter in den Ländern des Kapitals von Tag zu Tag unerträglicher wird. Die Gewerkschaftsdelegation mußte erkennen, daß es kein größeres Verbrechen an der Arbeiterschaft gibt, als die Verhinderung der Vereinigung des Weltproletariats mit den siegreichen Arbeitern der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken.

Von Deutschland aber geht der unerbittlichste Kampf gegen die Vereinigung der Gewerkschaftsbewegung der Welt aus.

In Deutschland ist die Arbeiterschaft noch immer gespalten.

Die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaftsbürokratie hat es während des Krieges verstanden, die Arbeiter mit allen Mitteln des Luges und Betruges zum Durchhalten im Massenmorden zu verführen. Im Magdeburger Prozeß haben die Sozialdemokraten selbst die Beweise dafür herbeigetragen, daß sie nur deswegen im Kriege zum Schein an Streiks teilgenommen und sie scheinbar unterstützt haben, um sie desto besser und leichter abwürgen zu können. Die Sozialdemokratie hat tausende Beweise dafür herbeigeschleppt und hat sich nicht geschämt, zu beteuern, daß sie im Kriege niemals Bestrebungen gegen die Regierungen Wilhelms II. unterstützt hat. Nach dem Kriege hat die SPD. und ihre Gewerkschaftsbürokratie ebenso wie im Januarstreik 1918 den Arbeitern vorgespiegelt, daß sie die Interessen der Revolution vertrete, um leichter und schneller die Revolution niederschlagen zu können. Heute führen die SPD. und ihre Gewerkschaftsbürokratie ihre arbeiterfeindliche Dawes-Politik nicht unter der roten Fahne des Klassenkampfes. Sie haben die Fahne des Proletariats auch formell preisgegeben und die schwarz-rot-gelbe Fahne der Bourgeoisie übernommen. Die SPD. und ihre Gewerkschaftsbürokratie ist untrennbar verbunden mit den schwarzen Zentrumsindustriellen und Pfaffen und mit den goldbeladenen, demokratischen Bankiers.

Der schwarz-weiß-roten und schwarz-rot-goldenen Front des Kapitals muß in jedem Betriebe, in jedem Kontor, in jeder Gewerkschaft die rote Einheitsfront des Proletariats von unten **entgegengestellt werden.**

Unzählige revolutionäre Betriebsräte haben die Industriellen und ihre Helfer in dem letzten Jahre auf die Straße geworfen. Diesmal wollen sie nur getreue Kapitalsknechte als Betriebsräte neu wählen lassen. Das muß verhindert werden.

Nur rote Betriebsräte als Führer der Belegschaften!

Nur solche Arbeiter, Angestellte und Beamte dürfen zu **Betriebsräten gewählt** werden, die die Einheitsfront des Proletariats zum Kampf gegen das Kapital erstreben und das **durch ihre Taten bekunden.** Die dringendsten Aufgaben der Arbeiterschaft sind zusammengefaßt in den

Forderungen des Ortsausschusses Gotha

des ADGB., deren wichtigste verlangen:

1. **Kampf gegen jeden Lohnabbau. Zugleich Kampf für eine sofortige 40prozentige Erhöhung des Lohnes.** Darüber hinaus Kampf um den **Friedensreallohn**, gleiche Löhne für Arbeiter und Arbeiterinnen.

2. **Kampf gegen jede neue Arbeitszeitverlängerung. Nach acht Stunden verläßt den Betrieb.** Zugleich Kampf um die Wiedereroberung des Achtstundentages, wo er trotz aller Washingtoner Abkommen usw. vom Unternehmer und Regierung beseitigt wird.

3. **Kampf gegen jede neue Entlassung von Arbeitern und Angestellten, wie gegen jeden neuen Abbau von Beamten. Darüber hinaus Einreihung von Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Wiedereinstellung der abgebauten Beamten. Abschaffung jeder Zwangsarbeit der Erwerbslosen, Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose, Kriegsopfer, Sozial- und Altersrentner auf das Existenzminimum.**

4. **Erbitterter Kampf gegen jede neue steuerliche Belastung der Arbeiterschaft.** Zugleich Kampf für die Aufhebung der augenblicklich bestehenden steuerlichen Belastung der Arbeiterschaft. **Weg mit dem 10prozentigen Steuerabzug vom Lohn!** Weg mit der Mietssteuer! Befreiung der **Konsumgenossenschaften** von jeder steuerlichen Belastung.

7. **Kampf gegen jeden Versuch, das deutsche Proletariat in einen imperialistischen Krieg zu stürzen. Insbesondere Hände weg von Sowjetrußland.**

8. **Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen! Kampf dem Terror der weißen Justiz! Weg mit dem Staatsgerichtshof!**

9. **Kampf für die Aufhebung des Ausnahmezustandes!**

10. **Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit zum Kampf für diese Forderungen im nationalen wie im internationalen Maßstabe!**

Zur Einheit der Gewerkschaftsbewegung u. zu diesem Gothaer Programm muß jeder Betriebsrat sich bekennen, dem ein ehrlicher Arbeiter, Angestellter oder Beamter seine Stimme geben soll.

Vor allem müssen die Arbeiter durchsetzen, daß auch von den freien Gewerkschaften nur solche Betriebsräte aufgestellt werden, die sich zu diesem Programm bekennen.

Die wichtigste Vorbedingung dafür ist, daß in den nächsten Wochen jeder nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Angestellte oder Beamte, der revolutionär denkt oder fühlt, **in die freien Gewerkschaften eintritt**, um dort im revolutionären Sinne zu arbeiten und **die Gewerkschaften zu roten Kampforganen gegen das Kapital zu machen.**

Hinein mit jedem Arbeiter, Angestellten und **Beamten in** die Gewerkschaften.

Sorgt dafür, daß nur Revolutionäre, die sich zu dem Gothaer Programm und der Einheit der Gewerkschaftsbewegung bekennen, als Betriebsräte vorgeschlagen werden.

Die Aufstellung der Betriebsratslisten darf nicht einigen Funktionären überlassen werden. Schon jetzt müssen die Vorbereitungen dafür getroffen werden, daß die Aufstellung in den Betrieben und Gewerkschaften von den Arbeitern selbst erfolgt!

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Schafft von unten die Einheitsfront zum Kampf für eure politischen und ökonomischen Forderungen.

Es lebe der Kampf um die Verwirklichung des Gothaer Programms!

Nieder mit der Dawes-Sklaverei!

Es lebe die Herrschaft der Werktätigen in Stadt und Land!

Darum nur rote Betriebsräte als Führer der Betriebe!

Berlin, 23. Dezember 1924.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Arbeiterkorrespondenten-Konferenz.

Die Arbeiter sollen unsere Zeitungen schreiben!

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. Dezember.

Gestern fand in Berlin eine Konferenz der Arbeiterkorrespondenten des kommunistischen Zentralorgans, der „Roten Fahne", statt. Auch aus dem Reich waren Vertreter erschienen. Der Zweck der Konferenz war die organisatorische Schaffung eines Systemes von Arbeiterkorrespondenten im ganzen Reich. Nach gründlicher Vorbereitung trat die Konferenz zusammen, verhandelte eingehend die politischen, organisatorischen und technischen Probleme und erklärte zu ihrem Leitstern den Satz:

Die Schaffung eines Systemes von Arbeiterkorrespondenten im ganzen Reich als Voraussetzung für die Bolschewisierung unserer Presse, ist ein wichtiges Glied in der Bolschewisierung unserer Partei.

In der gestrigen Konferenz wurde der grundlegende Anfang hierzu gemacht. Aus Sowjetrußland waren eine ganze Anzahl aufpeitschender Begrüßungstelegramme eingelaufen. Unter anderem vom Zentralkomitee der russischen Kommunistischen Partei, von der Iswestia (Zentralorgan der RKP.), dem Roten Stern usw. usw. Das Telegramm der russischen Kommunistischen Partei erklärte, daß die Arbeiter- und Bauernkorrespondentenbewegung für das gesamte Westeuropa ungeheuer große Zukunft hat.

Immer größere Ausdehnung des Kutisker-Skandals.

Neue Verhaftungen.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. Dezember.

Die Herren Staatsanwälte, denen die Untersuchung des Falles Kutisker obliegt, haben vorgestern mit Ermittelungen bei der preußischen Staatsbank begonnen. Das bisherige Zeugenverhör hat ergeben, daß die betrügerischen Manöver Kutiskers unmöglich gewesen wären, wenn nicht hohe und höchste Beamte der Staatsbank ihre Hand mit im Spiel gehabt hätten.

Es wurden mehrere Verhaftungen hoher Persönlichkeiten vorgenommen: Geheimrat Grube und ein anderer Geheimrat, der zusammen mit Kutisker die Kreditangelegenheiten bearbeitete. In einem Einzelfall allein entwendete er 30000 Mark! Weiter verhaftet wurde der Ober-Bankinspektor Blodow, weil der dringende Verdacht der Bestechung bei ihm vorlag. Weiter wurde verhaftet der Direktor Gens, weil er dringend verdächtig erschien, bei der Handelsbank-Aktien-Gesellschaft aktive Bestechungen ausgeübt zu haben. Auch der Sohn Kutiskers, der 19jährige Direktor der Motoren- und Automobil-Aktiengesellschaft, der zusammen mit dem mehrfach vorbestraften Major Rother von der Blau-G. m. b. H. die Schiebungen vorgenommen hatte, der Prokurist der Steinbank, Alfred Blei und Rother selbst, sowie der Bankinspektor Herzen sind verhaftet worden.

Vor dem Streik der Mannheimer Hafenarbeiter.

(Eigener Drahtbericht.)

Mannheim, 29. Dezember.

Seit einigen Monaten stehen die Hafenarbeiter Mannheims in ergebnislosen Lohnverhandlungen. Der Schlichter sprach ihnen 10 Prozent Lohnerhöhung zu. Aber selbst dieses klägliche, der Teuerung keineswegs entsprechende Zugeständnis, wurde von den Unternehmern brüsk abgelehnt. Daraufhin wagte es der Schlichter, als treuer Kapitalsagent, nicht, seinen Spruch für verbindlich zu erklären. Die Stimmung der Arbeiter ist sehr erregt. Es ist mit einem baldigen Ausbruch eines Streikes zu rechnen.

Wieder 6000 schlesische Arbeiter aufs Pflaster!

Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse in Mittel-, Nieder- und Oberschlesien.

Von Woch zu Woche müssen wir von einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktlage sprechen. Auch in der vergangenen Berichtswoche hat sich die Zahl der registrierten Arbeitsuchenden in Mittel- und Niederschlesien um 6000, die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger um 3000 erhöht. Die Zahl der offenen Stellen ging jedoch um ein wesentliches zurück.

In Oberschlesien sind auch weitere Betriebseinschränkungen vorgenommen worden. Besonders die Arbeitslage in der Königshütte ist nach wie vor trostlos. Auch hier ist die Zahl der offenen Stellen erheblich zurückgegangen. In der nächsten Woche ist mit noch weit größeren Entlassungen zu rechnen, da man in der Weihnachtswoche möglichst „schonungsvoll" umgehen wollte.

*

6000 Arbeiter Mittel- und Nordschlesiens aufs Pflaster geworfen! Und das allein nach der äußerst unvollständigen amtlichen Registratur! Vorige Woche bereits Anwachsen der Erwerbslosenzahlen. Vorvorige Woche dasselbe. So geht es Woche für Woche. Wo bleiben die Wahlversprechungen? Wo bleiben die Dawes-Hoffnungen? Wo bleibt der Wiederaufbau nicht nur der Industrie, sondern auch des völlig verarmten Arbeiterhaushalts? Alles nichts als Luftschlösser! Erst dann werden die schlesischen, die deutschen Arbeiter das Elend überwinden, wenn sie, Arbeiter und Arbeitslose, in einer Front, ohne trügerische Hoffnungen auf ausländische und inländische Bankiers, brechend mit allen bürgerlichen und verbürgerlichten Parteien, den Klassenkampf gegen das eigene und internationale Kapital aufnehmen.

Französische Sozialdemokratie gegen Räumung Kölns

Die Botschafterkonferenz der Siegermächte nahm den Bericht der Ententemilitärkontrollkommissionen über die Entwaffnung Deutschlands entgegen und beschloß einstimmig, die Kölner Zone am 10. Januar nicht zu räumen. Die Konferenz tritt am Mittwoch erneut zusammen, um den Text der Note an die Reichsregierung fertigzustellen. Zwischen der englischen und französischen Regierung sollen nur noch Differenzen in der „Begründung" der Nichträumung bestehen.

Die französische Linkspresse, einschließlich der Sozialdemokratie, unterstützt und bejubelt diesen Beschluß Herriots, der von dem englischen sozialdemokratischen „Daily Herald" als verhängnisvoll, wahnsinnig und poincaristisch bezeichnet wird. Der Pariser „Quotidien", der seit dem Eingehen der sozialdemokratischen Tageszeitung auch als offizielles Organ der französischen Sozialdemokratie betrachtet werden muß, billigt ausdrücklich die Nichträumung und betont nach guter poincaristischer Art die Notwendigkeit der Beibehaltung von „militärischen Pfändern", die Frankreich in der Hand habe. In den Kommentaren der französischen Linkspresse kommt auch ungeschminkt zum Ausdruck, daß die Nichträumung Kölns neben anderen Zielen auch als Druckmittel auf die deutschen Reichstagsparteien gedacht ist.

Todesurteile und Massenverhaftungen.

Kowno. In Litauen standen vor dem Kownoer Kriegsgericht dieser Tage fünf Kommunisten wegen Verbreitung kommunistischer Literatur. Vier Kommunisten wurden zum Tode verurteilt, der fünfte Angeklagte, ein achtzehnjähriges Mädchen, erhielt mit Rücksicht auf seine Jugend lebenslängliches Zuchthaus.

Bukarest. In einem Massenprozeß gegen kommunistische Arbeiter, die angeklagt waren, zugunsten Sowjetrußlands Spionage betrieben zu haben, wurden schwere Zuchthausstrafen verhängt.

Wieder ein Ausschluß aus dem Textilarbeiterverband

Im April 1924 war die Ausschluß- und Spaltungspraxis des Textilarbeiterverbandes soweit fortgeschritten, daß von 120 gewählten oppositionellen Delegierten nur 56 zugelassen wurden. So weit war schon die „Demokratie" in den Gewerkschaften gediehen! Der Hauptwortführer dieser Oppositionellen war der badische Genosse Bock. Selbst der reformistische Kasseler Verbandstag stellte ihm das Zeugnis des „fleißigsten und besten Geschäftsführers des Verbandes" aus. Um so mehr Grund, ihn aus dem Verband herauszuwerfen. Dahin ging jetzt das Streben der Reformisten.

Der zweite Angestellte des Textilarbeiterverbandes in Baden, Genosse König, wurde „wegen Geldmangels" entlassen und ein neuer Geschäftsführer, Herr Barber, der sich in Forst unmöglich gemacht hatte, angestellt — auf Befehl des Hauptvorstandes, trotz einmütigen Protestes der Mitgliedschaft. Auf Kosten der Verbandsmitglieder wurde in Siegen ein neues Haus für Herrn Barber gebaut und das gesamte Verbandsmaterial dorthin geschleppt. Herr Barber zog ebenfalls dort ein — ohne zu arbeiten. Er verbrachte seine Zeit auf der Redaktion der SPD.-Zeitung.

Eines Tages erhielt Genosse Bock einen Brief vom Hauptvorstand, daß künftig an seiner Statt Kollege Barber an den Sitzungen der Lohnkommission teilnehmen werde. Die Mitglieder des Verbandes wurden unruhig und wollten aus dem Verband austreten. Doch Genosse Bock trat den Austrittsbestrebungen mit aller Schärfe entgegen und forderte die Kollegen auf, mit um so größerer Energie für die Revolutionierung des DTV. zu arbeiten.

Plötzlich, Mitte November, wird Genossen Bock mitgeteilt, daß er ab 31. Dezember entlassen und aus dem Verband ausgeschlossen sei. Grund: Verstoß gegen das Kasseler Verbandsstatut. Worin dieser Verstoß bestehen soll, wird nicht mitgeteilt.

Die Methoden dieser Kapitalsknechte des Tetilarbeiterverbandes sind in Schlesien dieselben wie in Baden. Auch die Antwort der Weber, der Mitglieder des DTV. muß dieselbe in Baden wie in Schlesien sein:

Hinein in die Freien Gewerkschaften! Aktive revolutionäre Arbeit in ihnen leisten! Nur auf diesem Wege werden wir das Weberelend beseitigen, den Unglauben an die eigene Kraft vernichten, die revolutionäre Proletarierfront schließen und die Feinde aus unseren eigenen Reihen treiben.

Ein katholischer Kaplan wegen kapitalsfeindlicher Aeußerungen seines Amtes enthoben.

Während der Wahlkampagne sprach der katholische Kaplan Biedemann in Marienheim von Hüls (Rheinland) vor christlichen Arbeitern. Der Kaplan brandmarkte in seinem Vortrag die hohen Gehälter der oberen Beamten, kennzeichnete das feige Davonlaufen Wilhelms von Amerongen. Ferner ging er auf den Dawesplan ein, dessen ganze Lasten auf die Arbeiter abgewälzt würden, während die Kapitalisten unerhörte Profite schlucken. Wegen dieser Rede wurde der Kaplan Biedemann seines Amtes enthoben und bis auf weiteres „beurlaubt".

Die Zentrumsarbeiter Schlesiens und Oberschlesiens können aus diesem Fall ersehen, daß, wenn einmal ein Kaplan arbeiterfreundliche Worte spricht, er für die katholische Kirche erledigt ist. Die katholische Kirche duldet kein Wort gegen den Kapitalismus. Sie ist die beste Stütze des heutigen Ausbeutersystems.

Rechtsregierung in Braunschweig.

Nach dem Rücktritt der bisherigen sozialdemokratischen Koalitionsregierung wurde in Braunschweig ein sogenanntes Fachkabinett aus Vertretern der bürgerlichen Parteien, mit Ausschluß der Demokraten, gebildet. Das Braunschweiger Rechtskabinett zeigt deutlich den Weg, den auch das Reich beschreiten wird.

MESS MEND

oder

Die Yankees in Leningrad

Copyright by Moderner Verlag, Wien 1924

Bevor wir mit der Handlung unseres Romanes beginnen, möchten wir uns den Lesern vorstellen, oder richtiger, den Lesern einige Urteile der Welt über den Roman „Meß Mend" übermitteln.

Genosse Bucharin, einer der besten Köpfe der Kommunistischen Internationale, hat sehr treffend gesagt, daß ein guter kommunistischer Kriminalroman unserer Bewegung außerordentlich nützlich wäre. Was „Meß Mend" betrifft, so hat Genosse Bucharin, der diesen Roman im Manuskript gelesen hat, sich von der Lektüre nicht losreißen können, bis er am Schluß angelangt war. So ähnlich ging es auch manchem anderen Genossen.

Ein alter Literaturkenner, Genosse N. M., schreibt:

„Meß Mend" von Jim Dollar ist ein phantastischer Roman. Die handelnden Personen begehen ungeheuerliche, undurchführbare Handlungen. Aber ist nicht unser ganzes Zeitalter phantastisch? Ist nicht das ganze Leben unserer revolutionären Periode phantastisch? Und trifft es nicht ganz besonders für die Zeit der großen proletarischen Weltrevolution zu, die 1917 in Rußland ihren ersten Sieg davongetragen hat? Sind wir nicht alle Zeugen davon, wie einfache, man könnte meinen, Durchschnittsmenschen, große, phantastische Taten begehen? Als phantastischer Roman entspringt „Meß Mend" durchaus dem Gehirnad des Lesers der revolutionären Epoche. Die Phantastik des „Meß Mend" ist eine gesunde revolutionäre Phantastik, sie hat nichts gemein mit den billigen Abenteuern der Schundliteratur, oder auch mit der reaktionären Phantastik des alten E. T. A. Hoffmann, der sein Material aus dem Teufelskram des Mittelalters schöpfte.

„Meß Mend" ist ein Bild des Kampfes zwischen dem Faszismus und Sowjetrußland, das von den amerikanischen Arbeitern unterstützt wird. Alle heroischen Taten, die im Roman begangen werden, sind nur dadurch denkbar, weil hinter ihnen das ganze Proletariat steht.

Nach seiner Biographie zu urteilen, ist der Verfasser, Jim Dollar, ein amerikanischer Arbeiter, der niemals Rußland gesehen hat und es nur aus Erzählungen, Büchern und Zeitungen kennt. Ihm unterlaufen daher manche kurioken Fehler. Aber trotz dieser „Schönheitsfehler" ist „Meß Mend" das erste bedeutendste Werk auf dem Gebiete der revolutionären Romantik.

Ein Berliner Arbeiter des 3. Bezirks äußerte sich zur Frage, welche Literatur ihm am meisten zusage:

Ja, gewiß, Upton Sinclair ist ein ausgezeichneter Schriftsteller, aber nicht für uns! Mag er den Fabrikanten an die Nieren gehen und Agitatoren ausgezeichnetes Material liefern. Wir brauchen eine andere Literatur, eine solche, bei der wir uns als Herren des Lebens fühlen können. Stellt euch das nur vor: es ist bisher noch keinem eingefallen, daß wir Arbeiter stärker, reicher sind, als die anderen. Die Häuser der Städte, die Möbel der Häuser, die Kleider der Menschen, Bücher, Hausgeräte, Waffen, Instrumente, Schiffe, Kanonen, Bratwürste, Stiefel, Bier, Kuchen, Ketten, Eisenbahnschienen — all das machen wir ja, kein anderer. Wir brauchen nur die Hände in den Schoß zu legen, und alle diese Dinge sind nicht da. Wir haben es nicht nötig, in der Literatur unser Abbild in den Jammergestalten zu erblicken, und uns immer vorerzählen zu lassen, daß wir „Unglückliche, Sklaven, Besiegte" seien. Auf diese Weise bringen wir es nicht weiter. Ja, wir sind Sklaven des Kapitals, wir sind unglückliche Ausgebeutete, aber wir sind nicht Besiegte. Wir kämpfen um unseren Sieg. Man gebe uns ein Buch her, das nicht Niedergeschlagenheit und Trübsal auslöst, sondern das kühne Menschen erziehen kann!

Wie uns der Verfasser, Jim Dollar, mitteilt, sind ihm auch

Kritische Urteile berühmter bürgerlicher Politiker über „Meß Mend"

zugegangen.

Poincare: .... Ich wundere mich nur, daß der Völkerbund keinen Paragraphen gegen die Verbreitung einer derart zweifellos un .... un .... unsympathischen Literatur, wie den Roman Jim Dollars angenommen hat.

General Ludendorff: .... Was „Meß Mend" von Jim Dollar betrifft, so wäre dieser Roman auch in unserem Vaterlande zulässig, wenn er die entgegengesetzte Tendenz hätte. Vielleicht wird der Verfasser geneigt sein, diese Aenderung vorzunehmen, wenn man den elektrischen Stuhl auf ihn anwendet.

Mackdonald: .... So lange es nicht zu spät ist, bieten Sie Jim Dollar den Posten eines Ministers an. Das ist meine Meinung, Lords.

Lord Curzon: .... Sie fragen mich nach dem Romen von Jim Dollar. Ich wußte nicht, was ich antworten sollte. Ich bin außer Dienst. Außerdem lese ich nur diplomatische Noten.

Mussolini: .... Die Andeutungen im Roman von Dollar sind sehr dunkel. Keine Canaille wird behaupten, daß ich dem Helden des Romans, Gregorio Cire, ähnlich sehe.

(Für die Richtigkeit dieser Urteile verbürgt sich der Autor, Engel aber Die Redaktion.)

Das Leben Jim Dollars.

An einem Märzmorgen des Jahres 1888 lief auf einem der Neuyorker Bahnhöfe ein gut gekleideter Herr mit einem Säuglingskind auf den Armen auf den Gepäckträger Nr. 701 zu.

„Träger, Ihre Nummer! — Schön. Nehmen Sie hier das Kind, aber gehen Sie recht vorsichtig damit um, wenn Sie einen Dollar verdienen wollen .... Erwarten Sie mich drüben an der Omnibus-Haltestelle, ich muß noch nach einer Dame suchen. ...."

Mit diesen Worten stürzte der Unbekannte in die Menge. Nr. 701 trug den Säugling behutsam an die bezeichnete Stelle und wartete eine Stunde auf den Fremden. Nach zwei Stunden sagte sich der Gepäckträger mit Bitterkeit: „Da hast du nun deinen Dollar!" unnd er machte sich auf den Weg zum Polizeirevier.

Unterwegs bekam er Zweifel, das Kind hatte ausgezeichnete Sachen an. Er trug es nach Hause und händigte es seiner Frau aus. Das Kind erwies sich als ein hübscher Junge. Die Wäsche war mit dem Buchstaben J. D. gezeichnet. Der Gepäckträger nannte den Jungen scherzweise „Jim Dollar".

Der Lebenslauf dieses Kindes ist voller Leiden und Plagen. Als kleiner Junge verliert er seine Adoptiveltern, führt ein wanderndes, obdachloses Leben, nächtigt unter Brücken und auf Dächern, nährt sich, wie die Hunde, von den Abfällen der Großstadt. Einmal findet er eine Beschäftigung in einer Streichholzfabrik und wird Arbeiter. Wie er später schrieb, „lehrte ihn der erste Streik in der Fabrik, sich mit dem Rücken zum Feinde zu verteidigen".

Eines Tages rief ihn ein ziemlich bekannter Verleger zu sich und sagte:

„Mister Jim Dollar, Ihre Romane verfolge ich mit großem Interesse. Sie haben nur einen großen Fehler: sie haben eine Tendenz, die in einen anständigen Verlag nicht hineinpaßt. Ich habe sogar die Vermutung, daß Sie Kommunist sind. Sollte es möglich sein? Ihr Roman „Meß Mend" scheint durch die russische Revolution 1917 angeregt zu sein. Diese bolschewistische Revolution war eine feine Sache, aber ..."

Hier entwickelte der Verleger dem Proletarier Jim Dollar eine lange Theorie. Der Text der Unterhaltung ist stenographisch nicht aufgenommen worden. Als unser Genosse Jim Dollar den Verleger verließ, kratzte er sich am Hinterkopf und murmelte: „Donnerwetter, die bürgerlichen Verleger verstehen es, die Literaten einzufangen, um die Köpfe der armen Proleten mit dem vollzupfropfen, was den Herren Kapitalisten in den Kram paßt. Aber mich wird er nicht fangen, ich bin kein bürgerlicher Schriftsteller, ich schicke meinen Roman an die „Schlesische Arbeiter-Zeitung".

(Fortsetzung folgt.)

Der Kommunistische Genossenschafter

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD. / Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten Berlin, Planufer 17.

Agrar-Trust als Wirtschaftsdiktatur.

Der Landbund, die reaktionärste politische Organisation der deutschnationalen Großagrarier, baut kräftig seine Machtpositionen aus. Seit Jahren betreibt er dazu systematisch die Eroberung der alten landwirtschaftlichen Genossenschaften, um sie vollständig unter seine Gewalt zu bringen; er hat außerdem Warenzentralen und landwirtschaftliche Geldinstitute gegründet. Da er nicht schnell genug über die 38 000 landwirtschaftlichen Genossenschaften verfügen kann, ist er jetzt dabei, die Lieferung von Futter- und Düngemitteln, Maschinen, Kredit und anderen Bedarfsartikeln zu konzentrieren. Zu gleicher Zeit versucht er, den landwirtschaftlichen Absatz in eigener Organisation zu monopolisieren. Die kleinbäuerliche Genossenschaftsbewegung in dem Raiffeisen-Verband und dem Reichsverband bringt es nicht fertig — weil sie von Pfaffen und Lehrern anstatt von den Kleinbauern geleitet wird —, sich gegen diese großkapitalistische Aussaugung erfolgreich zur Wehr zu setzen. Im Gegenteil, sowohl im christlichen Raiffeisen-Verband als auch im patriotischen Reichsverband freuen sich die Hintermänner bereits auf die fetten Pfründen, die ihnen der Landbund abgeben wird, wenn sie einmal alle unter großagrarischer Diktatur bei ihm vereint sein werden.

Diese Landbundpolitik strebt aber nicht nur danach, die Bauern für die Interessen der Großagrarier auszusaugen und sie für die nationalistischen politischen Interessen des Landbundes vollständig gefügig zu machen, sondern sie versucht gleichzeitig wirtschaftliche Einrichtungen zu schaffen, mit denen auch die direkte Aussaugung der städtischen Arbeiterkonsumenten möglich wird.

Der geplante Agrartrust soll auch den städtischen Verkauf für Brot, Kartoffeln, Fleisch, Milch, Butter usw. in die Hand bekommen und durch eigene Mühlen, Brotfabriken, Verkaufsstellen seine teuren Monopolpreise dem städtischen Abnehmer diktieren.

Seitens der Arbeiterschaft wird gegen diese ungeheure Gefahr, daß die Verfügung über die landwirtschaftliche Produktion vollständig in den Händen der Großagrarier monopolisiert wird, noch keine Gegenmaßnahme ergriffen. Insbesondere zeigen die Konsumvereine sich vollständig unfähig, Abwehrmaßnahmen zu organisieren, weil die Konsumvereine unter der Leitung der unfähigen sozialdemokratischen Führerclique keine proletarischen Kampforganisationen mehr sind.

Wie riesengroß die Gefahr ist, die seitens dieses Wuchertrustes dem Proletariat droht, zeigt, daß es um ein Haar vor der Reichstagswahl auf Grund einer § 48-Notverordnung dem Landbund gelungen wäre, das größte deutsche Finanzinstitut durch einen Putsch für seine Interessen zu expropriieren. Nämlich die Rentenbank, die in kurzer Zeit über eine Kapitalmacht von annähernd 500 Millionen Mark verfügen wird. Ihr agrarischer Aufsichtsrat hatte bereits beschlossen, sie in eine landwirtschaftliche Kreditbank unter Verfügungsgewalt des Landbundes umzuwandeln. Zunächst ist dieser Plan gescheitert, aber ohne Zweifel wird er wieder aufgenommen werden.

Der Landbund betreibt neben dieser „Innenpolitik" auch eine „Außenpolitik", die darauf gerichtet ist, die Konkurrenz vom Ausland durch hohe Schutzzölle zu beseitigen, so daß also der Agrartrust ein unumschränktes Wuchermonopol inne hätte.

Nur wenn es gelingt, eine breite gemeinsame Abwehrfront des städtischen Proletariats, der Kleinbauern und des Mittelstandes gegen diese beutegierige Großagrarier-Diktatur aufzustellen, können die Pläne verhindert werden. Für die Führung dieses Kampfes der Arbeiter und Bauern gegen den Hunger kommt nur die Partei, die rücksichtslos kämpfen wird, die KPD. in Betracht.

Der GEG Prolet

Betriebs-Zeitung · Durch Kampf zum Sieg

Jahrgang 1 Nr. 4 — Dezember 1924

Das ist die Zeitung der Betriebszelle der Groß-Einkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg, derentwegen Herr Lorenz, Josephson und seine Kumpane bis jetzt vier Angestellte auf die Straße warfen und sie selbst nach Feststellung der Unrechtmäßigkeit der Entlassung durch das bürgerliche Gericht nicht wieder einstellten. Die Genossenschaftsbürokraten betätigten sich sogar als Polizeibüttel, indem sie Haussuchungen nach dem „GEG.-Prolet" bei den fristlos Entlassenen vornehmen ließen. Und warum alles dies? Die Geschäftsleitung der „Produktion", die zu den reaktionärsten Scharfmachern gehört, weiß es, daß der „GEG.-Prolet" sie an ihrer verwundbarsten Stelle getroffen hat. Jetzt werden erst die Früchte der reformistischen Politik und unzählige Schweinereien der SPD.-Bürokratie ans Tageslicht befördert.

Trotzdem bereits bei der Herausgabe der zweiten Nummer die Geschäftsleitung ihren ganzen Spitzelapparat in Bewegung setzte, und selbst die Kriminalpolizei zu Hilfe nahm, hat alles nichts genützt; im Dezember ist bereits die vierte Nummer erschienen. Und was der „GEG.-Prolet" berichtet? Rücksichtslos reißt er der sozialdemokratischen Instanzenclique die Maske vom Gesicht und zeigt, wie trotz des Abbaues der Arbeiter und Angestellten neue Prokuristen angestellt werden, wie, trotzdem die Geschäftsführer über den „Wiederaufbau" der Genossenschaften reden, sie für ihre „Bemühungen" sich monatlich 1500—2000 Mark Gehalt auszahlen lassen, sich nebenbei ein eigenes Haus mit 6-Zimmer-Wohnung bauen lassen und drei neue Luxusautos anschaffen. Aber auch der Spitzelsumpf im Betrieb muß beleuchtet werden, denn noch immer gibt es Proletarier, die sich von der Instanzenclique mißbrauchen lassen.

Daß die GEG. auch sonst das Geld nicht scheut, hinauszuschmeißen, zeigen sehr deutlich die Maßregelungen, wofür schon vor drei Jahren 32 000 Mark den drei Entlassenen für je ein halbes Jahr Gehalt gezahlt werden mußten. Auch jetzt kostet die Maßregelung der GEG. nur wieder 8000 bis 10 000 M.

Die vierte Nummer bringt einen interessanten Bericht über die letzte

Aufsichtsratssitzung in der GEG.
Vorsitz: Heinrich Lorenz.

Das Wort erhält zunächst zur Berichterstattung Max Josephson.

Meine Herren — Bravo! — wir haben — Bravo! — am 22. Oktober d. J. — Bravo! — vier Kommunisten — Bravo! hinausgeworfen! — Bravo! Bravo! Bravo!

Heinrich Lorenz macht vor Freude einen Handstand und wedelt mit den Beinen.

Max Lorenz fährt fort:

Sodann — Bravo! — teile ich — Bravo! — Ihnen mit — Bravo! — daß wir — Bravo! — den GEG.-Proleten Nr. 3 — Bravo! Bravo!

soeben erhalten haben!

O—o—o—h!

Auch im Königsberger Konsumverein gibt die Betriebszelle alle 14 Tage eine Zellenzeitung heraus. In jedem Genossenschaftsbetrieb müssen die Arbeiter eine Betriebszelle organisieren und sich ebenfalls eine Zeitung schaffen, um den Kampf um die Revolutionierung der Arbeiterkonsumvereine zu beschleunigen.

Die SPD. „verbietet" den Arbeitern des Konsumvereins die Mitgliedschaft in der KPD.

Die Betriebszelle des Bielefelder Konsumvereins, die schon immer einen scharfen Kampf gegen die SPD. führt, verpflichtete bei der Wahl jedes Mitglied, an die KPD. pro Woche eine Mark abzuliefern. Als jetzt selbst die Betriebszelle die Haltung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion beim Abbau eines sozialdemokratischen Bürgermeisters billigte, verlangte die SPD. von den Mitgliedern der Betriebszelle ein Schanddokument zu unterschreiben, worin der Schlußsatz heißt: „Wir scheiden darum mit dem heutigen Tag aus der KPD. aus." Wer es ablehnt, dieses Dokument zu unterschreiben, also aus der KPD. auszutreten, mit dem lehnt die SPD. die weitere Zusammenarbeit ab und da sie mit der Genossenschaftsbürokratie gemeinsame Sache macht, heißt das, daß diese Angestellten auf die Straße geworfen werden und ihre Familien verhungern sollen. Die Mitglieder der Betriebszelle sind im Durchschnitt schon 12—15 Jahre im Konsumverein beschäftigt gewesen. Die SPD. wagt hier direkte politische Erpressungen zu verüben, die über alle schamlosen Unternehmermanieren der Kapitalisten hinausgehen. Das Sündenregister der Genossenschaftsbürokratie ist voll. Die Arbeiterschaft muß den Kampf um die Zurückeroberung der Genossenschaften verstärkt weiterführen und diese Kapitalslakaien vertreiben.

Genossenschaftsmitglieder! Besucht jede der jetzt überall stattfindenden Generalversammlungen und Verteilungsstellenversammlungen der Konsumvereine. Zwingt dort alle Konsumvereinsmitglieder zur klaren Entscheidung gegen die neuen Schandtaten der Genossenschaftsbürokratie. Helft die kapitalistischen Lakaien aus den Arbeitergenossenschaften zu vertreiben, indem ihr aktive kommunistische Genossenschaftsfunktionäre werdet!

Gegen die Genossenschaftszerstörer.

Die Genossenschaftsmitglieder antworten der Bürokratie auf die Ausschlüsse und die Maßregelungen von kommunistischen Konsumvereinsmitgliedern weiter. Nachdem bereits die November-Nummer mitteilte, daß in Berlin, Weißenfels, Halle, Remscheid, Ludwigshafen, Köln, Solingen, Opladen, Wald, Hoffnungsthal, Obligs, Wiesdorf usw. die Genossenschaftsmitglieder in Versammlungen Abrechnung mit der Bürokratie gehalten haben, wandten sich jetzt auch die Genossenschaftsmitglieder in Bremen, Essen, Rastatt, Erfurt, Weimar, Jena, Zella-Mehlis gegen die Genossenschaftszerstörer.

Die Kampagne der klassenbewußten Opposition gegen die Genossenschaftsbürokratie muß verstärkt weitergehen. In jedem Konsum muß die proletarische Opposition die Genossenschaftsmitglieder gegen die Instanzenclique mobilisieren.

Neue Provokationen der Bürokratie.

Seit Monaten provoziert die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" in jeder Nummer in spaltenlangen Artikeln die kommunistischen Genossenschaftsmitglieder. Nachdem jetzt die Ausschluß-Offensive in Deutschland begonnen hat, fordern die Hamburger Reaktionäre erneut den Ausschluß der russischen Genossenschaften aus dem IGB. Selbst die britischen Konsumgenossenschaften fordert Herr Kasch auf, die kommunistische „Regimentsmusik" nicht länger auf dem Hals zu behalten und die „dringend notwendige Säuberungsarbeit" im IGB. zu beschleunigen. Auch Herr Feuerstein beteiligt sich mit seinem „Genossenschafter" in Stuttgart — wie stets — an dem Verleumdungsfeldzug. Diesen Reaktionären darf die klassenbewußte Konsumvereinsmitgliedschaft die Antwort nicht schuldig bleiben.

Genossenschaftsbürokraten ruinieren Konsumvereine.

Die Genossenschaftsbürokratie hat durch ihre Unfähigkeit und Unterschlagungen den Konsumverein Insterburg zugrundegerichtet. Er wurde ein Fehlbetrag von 12 000 M. festgestellt und nun versuchen die Führer der SPD. im Vorstand und Aufsichtsrat alles zu verschleiern und zu vertuschen. Aufsichtsrat und Vorstandsmitglieder haben sich Waren und Bargeld bis zu 300 M. geborgt. Die ganzen SPD.-Führer vom Aufsichtsrat und Vorstand haben gesoffen und gepraßt auf Kosten der Mitglieder. Bevor der Konkurs angemeldet wurde, hat der Vorstand und Aufsichtsrat noch den Geschäftsanteil erhöht. Die Empörung der Arbeiter gegen diese korrumpierte SPD.-Gesellschaft ist groß.

Korruption in der ungarischen Konsumvereinsbewegung.

Wie die „Arbeiterzeitung" in Wien vom 22. November mitteilt, drohte der ungarischen Sozialdemokratie Ende 1921 infolge finanzieller Schwierigkeiten des Allgemeinen Konsumvereins und weil sich die christlichen Genossenschaften in den Besitz des Arbeiterkonsumvereins setzen wollten, der Verlust dieser Arbeiterorganisation. Die Parteileitung verhandelte deshalb damals mit dem Ministerpräsidenten und es kam eine Vereinbarung zustande, die dieser Gefahr begegnete. Natürlich sind die Sozialdemokratie und die Genossenschaftsbürokratie der ungarischen Regierung die Gegendienste nicht schuldig geblieben.

Kommunistische Genossenschaftsfunktionäre!

Wo habt ihr bisher euer Genossenschaftsmaterial, die „Genossenschaftszeitung", „Die Genossenschaft im Klassenkampf" und die kommunistischen Genossenschaftsbroschüren unter den Konsumvereinsmitgliedern verteilt und verkauft? Wo habt ihr die geschäftliche Unfähigkeit und reformistische Politik der Genossenschaftsbürokratie gebrandmarkt? Das soll nicht nur in den Generalversammlungen und Verteilungsstellenversammlungen geschehen!

Geht in die Konsumverteilungsstellen,

diskutiert auch dort mit den Mitgliedern und vertreibt auch dort das kommunistische Genossenschaftsmaterial!

Wie die Reformisten die Konsumwaren verteuern.

Eine Lebensmittelgroßhandlung bot dem Konsumverein Mannheim Zucker an, den der Konsumverein ablehnte, weil der Preis angeblich zu hoch sei. Denselben Zucker kaufte dann der Konsumverein von einem Lebensmittelengrosgeschäft, natürlich entsprechend teurer.

Warum kaufte der Konsumverein den Zucker nicht gleich direkt von der Lebensmittelgroßhandlung, wo er dort aus erster Hand billiger war?

Es ist an der Zeit, daß alle Arbeiter dem Konsumverein beitreten, um solche „Praktiken" unmöglich zu machen.

Die „Neutralität" entlarvt.

Anläßlich der Wahl zum Reichstag hat sich wieder in unzähligen Konsumvereinen die „Neutralität" der Genossenschaftsbürokratie als Lüge erwiesen. Mit allen möglichen Mitteln wurde die Wahlarbeit der SPD. direkt und indirekt unterstützt. Am schlimmsten trieben es die Konsumvereinsbonzen im Rheinland, die durch einen Aufruf im gewerkschaftlichen Mitteilungsblatt vom 15. November die Mitglieder aufforderten, am 7. Dezember sozialdemokratisch zu wählen. So sieht also die „Neutralität" in Wirklichkeit aus. Die kommunistischen Genossenschaftsmitglieder müssen dafür sorgen, daß diesen Heuchlern das Handwerk gelegt wird.

Polizeiaufgebot gegen zu großes Konsumbrot.

Auf die Beschwerde der Bäckermeister über das zu große Brot des Konsumvereins erschien die Polizei in einer Verteilungsstelle des Konsumvereins Stralsund, um das Gewicht des Brotes zu prüfen. Sie stellten auch tatsächlich ein erhebliches Mehrgewicht des Brotes fest.

Die Kleinbauern-Reichskonferenz zum Genossenschaftswesen.

Am 23. und 24. November hat in Weimar eine Reichskonferenz der Kleinbauern-, Pächter- und Siedlerverbände in Deutschland stattgefunden, wo auch die Genossenschaftsfrage eine große Rolle spielte. Bei den Begrüßungsreden wurde die Genossenschaftsfrage von Vertretern der proletarischen Konsumgenossenschaftsbewegung, den Genossen Bittel und Lemmer, angeschnitten und dann in einem Referat des Genossen Casseler ausführlich behandelt. In der angenommenen Genossenschaftsresolution wurde besonders betont, daß es notwendig ist, die Führung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in die Hände der Kleinbauern selber zu übernehmen, bzw. eigene Kleinbauerngenossenschaften zu gründen. Deren Aufgabe ist es, in engstem Bündnis mit den städt. Arbeitergenossenschaften und anderen proletarischen Organisationen im Kampf gegen den Kapitalismus zusammenzustehen. Von außerordentlicher Bedeutung war die Mitteilung seitens der russischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, daß sie eine großzügige Hilfsaktion für die deutschen Kleinbauern durch billigen Futtermittelexport vorbereiten.

Neue Genossenschaftsliteratur.

„Die Genossenschaft im Klassenkampf". Informationsbulletin der Kooperativ-Sektion des EKKI., Moskau, November 1924. 30 Pf.

„Der GEG.-Prolet". Hamburg. Betriebszellenzeitung der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine. Nr. 1—4. (Verleger unbekannt.)

Jahrbuch des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine. Hamburg. 1924. 2. Band.

Oppenheimer: „Die Funktionäre des deutschen Genossenschaftswesens". Halberstadt. 1924.

Cassau: „Die Konsumvereinsbewegung in Deutschland". München. 1924. 142 Seiten.

„Die „Produktion" in Hamburg. 1899—1924". 140 Seiten.

„Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend und ihre Vorläufer". 232 Seiten. Berlin 1924.

Prof. Dr. Müller: „Geschichte der internationalen Genossenschaftsbewegung". Halberstadt 1924. 276 Seiten. 8.50 Mark.

Sydney und Beatrice Webb: „Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft". Halberstadt 1924. 101 Seiten. 2.50 M.

Kulemann: „Die Genossenschaftsbewegung". 1. Band. Geschichtl. Teil. Berlin 1922. 272 Seiten.

„Welche Genossenschaften können uns helfen?" Zwei Referate mit Diskussionen vom 1. Weltkongreß der Bauern im Oktober 1923 in Moskau. Berlin 1924. 32 Seiten.

Alle Literatur ist erhältlich durch: Allgemeiner Genossenschaftsverlag, Berlin-Friedrichshagen.

Genossenschaftliche Rundschau.

Zur Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften nahm die Exekutive der Komintern am 31. Oktober in einer Resolution erneut Stellung, in der die verstärkte Weiterführung der kommunistischen Genossenschaftsarbeit verlangt wird. Der Beschluß, daß jeder Kommunist verpflichtet ist, Mitglied einer Genossenschaft zu sein, wurde erneuert. Die Resolution ist in der Dezember-Nummer „Die Genossenschaft im Klassenkampf" veröffentlicht.

Gegen den Personenkult der tschechischen Genossenschaftsbewegung wendet sich ein längerer Artikel der Kladnoer „Svoboda", der insbesondere scharf gegen die Verherrlichung des Diktators des „Zentralverbandes deutscher Konsumvereine" Heinrich Kaufmann anläßlich seines 60. Geburtstages protestiert und den verderblichen Einfluß Kaufmanns auf die deutschen Konsumvereine bloßstellt.

Neugründung eines internationalen Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften? Unter den landwirtschaftlichen Genossenschaften sind Bestrebungen im Gange, eine neue landwirtschaftliche Genossenschafts-Internationale wieder zu gründen, nachdem der 1908 ins Leben gerufene Internationale Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften beim Ausbruch des Weltkrieges sanft entschlafen ist.

Genossenschaftsvorstands-Mitglieder als „Arbeitgeber". Die „Gewerkschaftszeitung" des ADGB. vom 13. Dezember polemisiert gegen die Vorstandsmitglieder der Arbeitergenossenschaften, die sich weigern, in den Zentralverband der Angestellten einzutreten und ihre eigene „Berufsvereinigung der Vorstandsmitglieder" erhalten wollen, weil die Vorstandsmitglieder in den Genossenschaften die „Tätigkeit von Arbeitgebern" ausüben müßten und deshalb mit den Arbeitnehmern nicht in einer gemeinsamen Gewerkschaft organisiert sein könnten. Gegen diese Reaktionäre muß selbst der ADGB. eine Scheinopposition vortäuschen.

300 000 Unfallrentnern die Rente gestohlen.

Die kapitalistische Gesellschaft schickt nicht nur bei der Verteidigung des Profites auf dem „Felde der Ehre" Millionen in die Massengräber, sondern schlägt auch auf dem Schlachtfelde der Arbeit jährlich Hunderttausende zu Krüppeln und zu Tod.

In Deutschland nimmt die Zahl der Unfälle seit einiger Zeit stetig zu. Der Grund hierfür ist naheliegend: **Verlängerte Arbeitszeit, ein erbärmliches Antreibersystem, ständige Gefahr des Entlassenwerdens, niedere Löhne sind die Hauptursachen der Unfallgefahren.** So wird z. B. aus dem Ruhrbergbau gemeldet, daß die Zahl der Unfälle sich furchtbar vermehrt. Allein in den letzten Monaten haben sich

die Unfälle um 60 Prozent gegenüber den Vormonaten vermehrt,

das macht rund 200 Unfälle täglich. Die Zunahme beträgt z. B. im Monat September gegenüber dem Juni über 2000 Fälle, darunter 53 tödlich.

Die Unternehmer tragen die Kosten der Unfallversicherung. Sie haben verstanden, trotz der ständig ansteigenden Zahl der Unfälle die für sie damit verbundenen sozialen Lasten auf zwei Drittel der Vorkriegszeit herabzudrücken, aber selbst diese Erträge sind ihnen noch zu hoch! Wie durch Zeitungsnotizen bekannt wird, liegt gegenwärtig beim Reichsrat der Entwurf einer Novelle zur Unfallversicherung, der den Großkapitalisten neue Riesenbeträge auf Kosten der Unfallrentner zum Geschenk machen will.

Allen Unfallrentnern, die nicht mindestens ein Fünftel ihrer Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben, soll gegen Zahlung eines Trinkgeldes als Abfindung die Rente entzogen werden. Dadurch werden mindestens 300 000 Unfallrentner aus der Rentenversorgung herausgeworfen. Bei neuen Unfällen werden 10 und 15 Prozent Erwerbsminderung nicht mehr vergütet.

Die Durchführung dieser Bestimmung **bedeutet ein Geschenk von jährlich mindestens 50 Millionen Mark** (gemessen an dem Friedensstand unter Berücksichtigung der Geldentwertung) **für die Herren Großindustriellen und anderen Unternehmer.** Noch nicht genug. Das Reichsarbeitsministerium, dem die Urheberschaft dieses Gesetzentwurfes gebührt, hat noch weitere Geschenke für seine Lieblinge, die Krupp-Bohlen, Klöckner und die Erben von Hugo Stinnes und Konsorten, bereit:

alle Renten unter 50 Prozent werden herabgesetzt.

Während man bisher bei Berechnung der Renten von einer Vollrente ausging, die (66⅔) des Jahresverdienstes betrug, will man in Zukunft bei allen Renten unter 50 Prozent (das ist die große Mehrzahl aller Unfallverletzten) nur noch die Hälfte des Arbeitsverdienstes zugrunde legen, den der Verletzte hatte.

Die Unternehmer können also selbst in den für die Arbeit gefahrvollsten Betrieben die Ausbeutung lustig weiter steigern, Menschenblut und gesunde Gliedmaßen der Arbeiter sind billig in der frei-deutschen Republik. Willfährige Minister sorgen dafür, daß die Profiteure selbst noch aus der Unfallversicherung Ersparnisse machen können auf Kosten derer, die jahraus, jahrein ihre Knochen an der Maschine und in den Gruben, auf und unter der Erde zu Markte tragen müssen.

Dieser Abbau der Unfallrenten wird wie immer **verbrämt durch einige kleine Reförmchen,** die den Rentendiebstahl der Unternehmer verhüllen sollen.

So soll bei der Berechnung der Renten von 50 bis 100 Prozent ausgegangen werden von einer Vollrente, die 70 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes beträgt. Bisher nahm man 66⅔ % an, legt also gnädigst für die Schwerverletzten 3⅓ % zu, während man bei den Leichtverletzten, der größeren Anzahl, 16⅔ % abzieht. Solche „Rentenerhöhungen", bei denen die Unternehmer weitere Millionen Goldmark jährlich verdienen, werden sie sicher gern noch häufiger bewilligen.

Genau dieselbe raffinierte Methode, mit der man jetzt die Unfallversicherung „reformiert", hat man bei der „Reform" des Reichsversorgungsgesetzes für die Kriegsopfer praktisch ausprobiert. Beim Abbau der Kriegsopferrenten ist man nur noch etwas weiter gegangen, wie jetzt bei den Unfallrenten beabsichtigt ist. Bei den Kriegsopfern erfolgte der Abbau in zwei Etappen. Bei der ersten „Reform" im Mai 1920 wurde so „reformiert", daß dabei 200 000 Beschädigte (alle 10 Prozent Erwerbsbeschädigten) aus der Versorgung herausflogen; bei der zweiten „Reform" flog gleich eine halbe Million (alle Beschädigten unter 25 Prozent) aus der Versorgung. Als Abfindung gab man Beträge, die je nach dem Termin der Auszahlung noch für ein Brot, zuweilen nur noch zum Kauf einer Schachtel Streichhölzer reichten.

Es gibt nur eine Erklärung: **die Milliarden Goldmark ersparter Unfallrenten gibt man den Unternehmern als Entschädigung für ihre Verpflichtung aus dem Dawesgutachten. So werden auf immer neuen Wegen die Lasten des Londoner Paktes auf die Schultern der armen, selbst der verstümmelten Arbeiter gelegt.**

Wir wollen noch kurz die weiteren „Reformen", die der Gesetzentwurf bringt, mitteilen:

Rente für Familienangehörige und Hinterbliebene.

Beträgt die Rente mindestens ein Drittel der Vollrente, so erhält der Verletzte für jedes eheliche Kind bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres eine Kinderzulage in Höhe von 10 Prozent der Rente. Den ehelichen Kindern werden gleichgestellt die an Kindesstatt angenommenen Kinder, Stiefkinder und Enkel, ebenfalls uneheliche Kinder, wenn die Vaterschaft des Verletzten nachgewiesen ist.

Diejenigen Witwen und Witwer, die nach dem Unfall eine Ehe mit dem Verletzten eingegangen sind, haben nur dann Anspruch auf Rente, wenn die Ehe mindestens drei Jahre vor dem Tode geschlossen wurde. Die Renten der Hinterbliebenen dürfen zusammen den Jahresarbeitsverdienst des Toten nicht übersteigen.

Berufsfürsorge.

Neu eingeführt werden soll die Berufsfürsorge, die den Berufsgenossenschaften übertragen werden soll. Einer Fürsorge, die in den Händen der Berufsgenossenschaften liegt, werden die Unfallverletzten mit gemischten Gefühlen entgegensehen. Die Unfallbeschädigten haben es satt, Objekte der Versicherung und Fürsorge zu sein. Eine Fürsorge ist für sie nur dann von wirklichem Nutzen, wenn sie selbst darin ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht ausüben.

Krankenhilfe.

Zwar sieht der Entwurf Krankenhilfe vor, wenn eine Krankenversicherungspflicht nicht bestand, doch sollen die Berufsgenossenschaften wie bisher erst nach Ablauf der 13. Woche zur Gewährung von Krankenbehandlung verpflichtet sein. Dadurch bleibt die Hauptlast der Krankenhilfe bei den Arbeitern selbst, die ja in der Krankenversicherung zwei Drittel der Beiträge zu leisten haben und die Unfallversicherung, in der die Unternehmer die Träger der Lasten sind, bleiben wie bisher in den ersten 13 Wochen von der Krankenhilfe verschont.

Die Arbeitsinvaliden, die Kriegsopfer und alle anderen Rentner können hieraus wieder einmal entnehmen, daß der kapitalistische Staat wohl von „Versorgung im Alter", von „Dank des Vaterlandes" und ähnlichen Phrasen redet, in Wirklichkeit aber alles tut, um diese Armen dem vollkommenen Elend zu überliefern. Die Arbeitsinvaliden, Kriegsopfer und Sozialrentner können nur dann ein anständiges auskömmliches Leben haben, wenn sie mit der gesamten Arbeiterschaft gemeinsam um andere bessere Zustände kämpft. Und das ist Sowjet-Deutschland.

Ein Menschenfresser in Schlesien.

Wieder wird ein schauderhafter Fall menschlicher Vertiertheit, geboren aus den entsetzlichen sozialen Verhältnissen dieser Republik, gemeldet. Ein schlesischer Landwirt, der in der Inflationszeit sein Gut und sein Vermögen verloren hat und nur noch eine zur Existenz unzureichende sogenannte „Stelle", eine elende Hütte mit einigen Stückchen Land, besitzt, lockt arbeitslose Wanderer in seine Hütte, ermordet und verzehrt sie. Und die Polizei in dieser Republik hat soviel im Kampf gegen die Kommunisten zu tun, daß der Menschenfresser wieder, wie im Fall Haarmann zahlreiche Opfer ermorden konnte. Es fielen ihm ja nur die vom Kapital zum Tode verurteilten Arbeitslosen zum Opfer, die zu schützen, um die sich zu kümmern diese kapitalistische Gesellschaft keinen Anlaß hat. Der offizielle Wolff-Bericht lautet:

In Münsterberg wurde ein Handwerksbursche der bei dem unbescholtenen Stellenbesitzer Karl Denke um eine Gabe gebeten hatte, von Denke ersucht, in sein Haus zu kommen, um ihm einen Brief zu schreiben. Als sich der Handwerksbursche ahnungslos an den Tisch setzte, schlug Denke mit einer Spitzhacke auf ihn ein und verletzte ihn schwer am Kopf. Nach heftiger Gegenwehr gelang es dem Handwerksburschen, zu entfliehen. Er meldete den Vorfall der Polizei, die Denke in Haft nahm und ihn in das Untersuchungsgefängnis einlieferte, wo er sich kurz darauf mit seinem Taschentuch erhängte. Bei der polizeilichen Durchsuchung wurden in der Denkeschen Scheune mehrere Töpfe mit gepökeltem Fleisch gefunden, das von medizinischer Seite als Menschenfleisch festgestellt wurde. Auch fand die Polizei zahlreiche Papiere von Handwerksburschen. Es wird daher angenommen, daß Denke schon früher in zahlreichen Fällen Handwerksburschen in sein Haus gelockt und dann ermordet hat.

Dazu wird weiter gemeldet, daß man in der Wohnung Denkes Teile gerösteten Menschenfleisches gefunden hat und daß Anwohner bezeugten, daß Denke öfters Fleisch aus der Scheune geholt hat.

Auf Gerüchte über die russische Hungerkatastrophe hin stieß auf dem Nürnberger Einigungsparteitag der SPD. und der USPD. der Schafe Wels in bezug auf Sowjetrußland haßerfüllt die Worte heraus: „Vom Kommunismus zum Kannibalismus zum Kapitalismus."

Aber nicht in Rußland tritt der Kannibalismus auf, sondern im Deutschland der Ebert, Noske, und Severing. Das grauenhafte Elend in Dawes-Deutschland erzeugt wie nach dem Dreißigjährigen Kriege die entsetzlichsten Verbrechen und grauenvollsten menschlichen Entartungen. Diese Zustände müssen vom deutschen revolutionären Proletariat geändert werden.

Zunächst fordern wir aber strenge Untersuchung und Feststellung der Verantwortlichen an dem neuerlichen katastrophalen Versagen der Polizei.

Ein ernster, erfahrener Gewerkschaftler,

von dem man nicht reden darf.

Wer ist das? Das ist der Führer des englischen Bergarbeiterverbandes, ein Unterhäusler, Purcell. Die „Volkswacht" selbst zollte ihm dieses Lob aus. Ist es nicht merkwürdig, daß diese selbe „Volkswacht" seit Monaten alle Worte Purcells über die Lage in Sowjetrußland, über die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit, über die Leistungen der Volkswirtschaft verschweigt?

Warum, warum?

Die „Volkswacht" schreibt, daß die englische Gewerkschaftsdelegation einen Bericht über Rußland gegeben habe, der nur wirtschaftlicher, nicht politischer Natur sei. Aber sie verschweigt sowohl den wirtschaftlichen wie den (angeblich nicht vorhandenen) politischen Teil des Berichtes. Die „Volkswacht" hat Telephon, Radio, hat eine Parlaments- und eine Parteikorrespondenz. Sie liest die „Schlesische Arbeiter-Zeitung", die bereits vor einem Monat über die Stellungnahme Purcells zu Rußland berichtete. Aber die „Volkswacht" schweigt. Jede bürgerliche Hetz- und Lügennachricht über Sowjetrußland wird bereitwillig von ihr abgedruckt, aber die Erfahrungen eines „ernsten, erfahrenen Gewerkschaftlers", eines Führers der Amsterdamer, des Kollegen Purcell, unterschlägt sie ihren Lesern.

Warum, warum?

Weil das ganze sozialdemokratische Schwindelgebäude über Rußland zusammenbrechen und die deutschen Arbeiter bestimmen würde, die gottgewollte Demokratie gegen die Methoden der russischen Revolution einzutauschen.

Die richtige Antwort.

Die richtige Antwort auf die Aufforderung Löbles, Gewerkschaftsgelder für Wahlzwecke der SPD. auszugeben, gab der Dachdeckerverband Landeshut. Er beschloß einstimmig, einen Lokalbeitrag dem Wahlfonds der KPD. zu überweisen.

*

Nicht Diebstahl der Gewerkschaftsgelder gegen den Willen, ohne Wissen der Mitglieder, auf Befehl der um ihre Parlamentssitze bangenden SPD.-Führer, wie es SPD.-Sekretär Löble befahl, sondern einstimmiger Beschluß der Mitglieder, die einzige Partei des Klassenkampfes, die KPD., im Wahlkampf zu unterstützen.

Die Krise in der oberschlesischen Kohlenindustrie.

Wie in industriellen Kreisen verlautet, gelangen im ersten Quartal des nächsten Jahres acht Schachtanlagen ostoberschlesischer Gruben, darunter die Hohenzollerngrube und die Ferdinandgrube zur Stillegung. Durch diese Maßnahmen der Industriellen fliegen etwa 3500 Arbeiter auf die Straße. Die Industriellen geben als Grund ihrer Maßnahmen Auftragsmangel, sowie Veraltung der technischen Anlagen an.

Die Krise in der oberschlesischen Industrie hat bereits solchen Umfang angenommen, daß mit einem Aufleben, selbst wenn eine Konjunktur wieder einsetzen würde, infolge der technischen Veraltung gar nicht gerechnet werden kann. Doch veraltet ist auch mit seiner Konjunktur zu rechnen. Die Industriellen haben in den letzten Jahren ansehnliche Gelder verdient, und können also die Zeit der Arbeitslosigkeit sehr gut durchhalten. Die 3500 Arbeiter, die auf die Straße fliegen sollen, werden natürlich bei den niedrigen Erwerbslosensätzen allmählich in den Hungertod getrieben, wenn sie sich das Vorgehen der Unternehmer gefallen lassen.

An die Mitglieder des Bezirks Schlesien der KPD.

Werte Genossen!

Auf dem 5. Kongreß der Komintern und dem 3. Kongreß der RGI. wurde beschlossen, die Arbeit für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung mit allen Kräften zu fördern. Dazu gehört aber, daß wir vor allem dafür sorgen, daß

bis zum 1. Februar 1925 jeder Kommunist Mitglied einer freien Gewerkschaft ist.

Wir müssen in der nächsten Zeit zur Erreichung dieses Zieles alle Kräfte der Partei einsetzen. Die Bezirksleitung fordert darum alle Ortsgruppen-, die Betriebszellen-, Arbeitsgebiets- und Unterbezirksleitungen auf, nach folgendem Plan die Gewerkschaftsarbeit zu beginnen:

Vom 1.—17. Januar.

Beendigung der Registratur nach gewerkschaftlicher Zugehörigkeit mit dem Euch vorliegenden Material. Zu diesem Zwecke müssen je nach der Stärke der Ortsgruppen Fraktionssitzungen, Funktionär- oder Mitgliederversammlungen einberufen werden, um die begonnene Registraturarbeit sofort zu Ende zu führen.

Vom 18.—24. Januar.

In dieser Zeit wird die gewerkschaftliche Registratur einer Kontrolle durch Bezirksleitungs-, Arbeitsleitungs- und Unterbezirksleitungsmitglieder durchgeführt werden.

Um die Kontrolle wirksam durchzuführen, sind in dieser Woche alle Partei- und Gewerkschaftsmitgliedsbücher der Genossen durch die Betriebszellen, Fraktionen und wem dies noch nicht möglich ist, durch die zur Prüfung beauftragten Funktionäre zu kontrollieren. Sollten Genossen noch nicht Mitglieder der freien Gewerkschaften sein, so sind sie zum sofortigen Eintritt zu veranlassen. Wenn Genossen sich beharrlich weigern, dieser Aufforderung nachzukommen, dann sind dieselben unter genauer Angabe ihrer Adresse der Bezirksleitung zu melden, um sie in die Lage zu setzen, in solchen Fällen einzugreifen. Der Bezirksleitung ist das Ergebnis der Kontrolle sofort zu berichten.

Wenn wir so an die Arbeit gehen und uns zunächst die ersten organisatorischen Grundlagen für unsere weitere Arbeit geschaffen haben, wird es möglich sein Schritt für Schritt auf diesem Gebiet vorwärts zu kommen.

Vom 25.—31. Januar.

In dieser Zeit muß eine intensive Propaganda unter den aus den Gewerkschaften ausgetretenen Arbeitern geführt werden. — Der Schwerpunkt dieser Arbeit ist in die Betriebe zu verlegen. Nur dann wird es möglich sein, die Massen zu erobern, wenn es uns gelingt, die Arbeit im Betrieb mit der in den Gewerkschaften zu verbinden.

Bei der Kampagne für den Wiedereintritt in die Gewerkschaften ist von unseren Genossen, vor allem das Hauptaugenmerk auf die schließende internationale Einheitsfront der Gewerkschaftsbewegung zu richten.

Auf ans Werk!

Die Bezirksleitung Schlesien der KPD.

Mehr Lohn statt Wohltätigkeit.

Bunzlau. Am 20. Dezember arrangierte die Stadtverwaltung für ihre Arbeiter eine Weihnachtsfeier. Alles war aufgeboten, um eine recht schöne Feier zu veranstalten und das „gute" Herz der Behörde zu zeigen. Das Beamtenorchester und die Schülerinnen der Volksschule, Vorträge des Herrn Sanitätsrats Krause, sowie Gesangsvorträge von Fräulein Grimm, standen auf der Tagesordnung, ebenfalls eine Ansprache des Herrn Baurat Fischer, in der auf die Unsinnigkeit der Klassengegensätze hingewiesen wurde. Herr Baurat, nichts zeigt dem klassenbewußten Arbeiter mehr den Klassengegensatz wie diese Veranstaltungen. Es zeigt dem Arbeiter, wie furchtbar seine Lage ist, daß er Gaben unter Dankesbezeugungen in Empfang nehmen muß. Wenn man wirklich ein so gutes Herz für unsere Arbeiter hat, so sollte man ihnen das nicht vorenthalten, was zum Leben unbedingt nötig ist. Dann brauchen derartige Veranstaltungen, die stets einen **demütigenden Eindruck** hinterlassen, nicht gemacht werden. Was die Stadtverwaltung für ein gutes Herz für die Arbeiterschaft hat, zeigt die Verfügung vom 6. Mai, wonach die Arbeitszeit der städtischen Arbeiterschaft von acht auf neun Stunden heraufgesetzt wurde. Wir fordern hiermit den sozialdemokratischen Stadtrat Graf, den Gewerkschaftssekretär Stadtverordneten Brand, Gruhn, Hadenberg auf, in der nächsten Stadtverordnetensitzung die Arbeitszeit des städtischen Arbeiters in Zukunft auf acht Stunden zu beantragen unter Fortbezahlung des Lohnes, der durch die Verlängerung erzielt wurde. Aber nicht wahr, meine Herrschaften, das geht nicht. Kritische Arbeit zu leisten an einer Stelle, wo man es könnte, tut man nicht, um das Wohlwollen des Vertreters des Bürgerblocks nicht zu verscherzen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

— In der Sonntagsnacht wurde ein Rangiermeister in **Liebau** bei der Ausübung seines Berufes durch das Aufeinanderprallen zweier Waggons so heftig an die Wand des einen Waggons geschleudert, daß er bewußtlos nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort ist er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, bald **gestorben.**

— In Hamlau ließ ein Landwirt die vor seinen Göpel gespannten Pferde von einem Schulkinde antreiben. Infolge Unachtsamkeit geriet das Kind in das Getriebe und trug schwere Verletzungen davon.

Neuerscheinungen der Arbeiterliteratur

„Parteien und Klassen im Spiegel der Reichstagswahlen." Eine Studie über den Charakter der Parteien als Klassenorgane. Mit statistischem Material über die berufliche Schichtung und die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1907 bis 7. Dezember 1924 von **Emil Eichhorn,** M. d. R. Aus dem Inhalt führen wir an: 1. Die Parteien als Klassenvertretungen. 2. Die bürgerlichen Parteien. 3. Die Kommunistische Partei. 4. Einfluß der ökonomischen Struktur auf die Parteientwicklung. 5. Der Bestand des Zentrums. 6. Wirtschaftliche Verschiebungen seit der letzten Berufs- und Gewerbezählung. 7. Das neue Wahlrecht. 8. Die Parteibewegung in den 35 Wahlkreisen. 9. Verteilung der Mandate auf die Parteien und Wahlkreise. 10. Der Rückgang der Sozialdemokratie. 11. Die Zuchthauswahlen. 12. Vergleichende Uebersicht über die Wahlergebnisse in den Wahlkreisen bei den Reichstagswahlen vom 4. Mai und 7. Dezember 1924.

Die Broschüre ist 88 Seiten stark und kostet 60 Pfg. Bestellungen sind zu richten an die Bezirks-Zentral-Buchhandlung der Produktivgenossenschaft, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14, oder deren auswärtige Filialen.

Aus der Provinz

Fünf Minuten Klassenharmonie.

Ein Weihnachtsstilleben.

Die Speisen sind vertilgt, die Weine getrunken. Alle Raffinessen der Küche waren aufgeboten worden. Rötlich, schwitzende Gesichter; bei den Herrschaften von der Anstrengung des Essens, bei den Dienstmädchen von der Anstrengung des Kochens und Bedienens. Das Gefühl der Sattheit läßt eine Stimmung von Glück und Zufriedenheit aufkommen. Weihnachtsrührseligkeit erfaßt programmäßig die Gemüter.

„O, du fröhliche, o, du selige ..."

Die Schenk-Zeremonie beginnt. Was geschieht da? Die aufgedonnerte Hausfrau hat sich in die stickig heiße Küche begeben und kommt mit gönnerhafter Miene, an jedem Arm ein verschämtes Dienstmädchen gefaßt, angewatschelt. Gemeinsamer Gesang, gemeinsames Beschenktwerden (die Qualität und Eleganz der Geschenke ist allerdings verschieden). Arm in Arm: das ist die Klassenharmonie, nach demokratischem Rezept. Aber um Gottes willen, nicht länger als fünf Minuten, denn wohin würde das sonst führen!

Nach demütigem ausgiebigen Bedanken und Händeküssen dürfen sich dann die Dienstboten wieder in ihre dunstige Küche zur Aufwascharbeit zurückziehen. Einmal im Jahre kann man es sich leisten, nach außen hin zu dokumentieren: „Seht, wir sind doch alle gleich!" Aber bald ist die ordnungsgemäße Scheidung wieder vollzogen: Drinnen im Salon Saufgelage, Schlemmerei, schmutzige Witze — in der Küche Schinderei bis in die halbe Nacht.

Traute Stotzli.

Die internationalen Wintersportwettkämpfe in Schreiberhau im Riesengebirge.

Durch eine Vereinbarung des deutschen und tschechischen Verbandes (Sitz Aussig) wird das Programm durch einige Länderwettkämpfe bereichert.

Um auch der Sportlerjugend Gelegenheit zur Austragung von Wettkämpfen zu geben, wurde von den beiden Verbänden folgendes vereinbart:

Für die Jugend von 14 bis 18 Jahren findet ein 6-Kilometer-Langlauf, ein Jugendspringen und ein Rodelrennen auf der Rodelbahn an der Neuen Schlesischen Baude statt. Jedes Land stellt bis 40 Rodler und Rodlerinnen.

Das Programm für die Wintersport-Olympiade wurde vom technischen Ausschuß wie folgt beschlossen:

Programm

für die wintersportlichen Wettkämpfe zur 1. Arbeiter-Olympiade am 31. Januar, 1. und 2. Februar 1925 in Schreiberhau im Riesengebirge.

Sonnabend, den 31. Januar 1925:

9 Uhr vormittags: 15-Kilometer-Langlauf für Sportler. Start: Reisträgerbaude. Ziel: Josephinenhütte.

10 Uhr vormittags: 6-Kilometer-Langlauf für Sportlerinnen. Start: Zackenfallbaude. Ziel: Sanatorium Hochstein.

10,30 Uhr vormittags: 6-Kilometer-Langlauf für jugendliche Sportler (14 bis 18 Jahre), Länderwettkampf Tschechoslowakei—Deutschland. Start: Zackenfallbaude. Ziel: Sanatorium Hochstein.

2 Uhr nachmittags: 4-Kilometer-Hindernislauf. Start und Ziel: Marienbad (Oberschreiberhau).

7 Uhr abends: Begrüßungsabend im Gasthaus Zickenfall und Lindenhof in Oberschreiberhau. Mitwirkende: Bundesschule Leipzig, Arbeiter-Gesangverein Petersdorf und Schreiberhau, Mandolinenverein Hermsdorf-Kynast.

Sonntag, den 1. Februar 1925:

9 Uhr vormittags: Rodelrennen. (Länderwettkampf Tschechoslowakei—Deutschland) Start: Neue Schlesische Baude. Ziel: Zackenfallberg. Länge der Bahn 2700 Meter, Gefälle 450 Meter.

1. Klasse: Jugendliche Sportler, 14 bis 18 Jahre.
2. Klasse: Sportler über 18 Jahre.
3. Klasse: Jugendliche Sportlerinnen, 14—18 Jahre.
4. Klasse: Sportlerinnen über 18 Jahre.

11 Uhr vormittags: Jugendspringen, 14 bis 18 Jahre. (Länderwettkampf Tschechoslowakei — Deutschland.) Sprungschanze am Zackenfall.

12 Uhr mittags: Springen für den zusammengesetzten Lauf. Sprungschanze am Zackenfall.

1 Uhr nachmittags: Hauptspringen an der Zackenfallschanze.

Montag, den 2. Februar 1925:

9,30 Uhr vormittags: 10-Kilometer-Langlauf für den zusammengesetzten Lauf. Start: Reisträgerbaude. Ziel: Josephinenhütte.

11 Uhr vormittags: 30-Kilometer-Langlauf. Start: Reisträgerbaude. Ziel: Gasthaus Zackenfall (Oberschreiberhau).

6 Uhr abends: Siegerverkündigung im Gasthaus Zackenfall (Oberschreiberhau.)

Aus der Zusammenstellung des Programms ist zu ersehen, daß interessante Kämpfe zu erwarten sind und jeder Freund des Wintersports auf seine Rechnung kommt. Die bis jetzt vorliegenden Meldungen lassen eine starke Beteiligung der teilnehmenden Länder erwarten. Finnland meldet 6 Langläufer und 3 Springer, Oesterreich will mit 60 Wettkämpfern erscheinen. Deutschland und die Tschechoslowakei werden zusammen 100 Wettkämpfer stellen, so daß die Veranstaltung hochinteressant wird.

Die Beschaffung heizbarer Quartiere für Wettkämpfer und Gäste ist äußerst schwierig. Die Meldungen sind deshalb sofort an den Genossen Franz Tietz, Mittelschreiberhau im Riesengebirge, abzusenden. Die aktiven Sportler, sowie die Festgäste haben den Festbeitrag von 4 Mark sofort an den Genossen Berthold Obitz, Petersdorf im Riesengebirge einzusenden. Der Festbeitrag berechtigt zum Eintritt für alle Veranstaltungen. In ihm ist enthalten der Betrag für 4 Nächte Quartier, für das Festabzeichen und das Festbuch. Das Mittagessen wird ungefähr 80 Pfg. kosten, so daß der Aufenthalt so billig wie möglich berechnet ist.

An unseren Genossen und Genossinnen liegt es nun, diese Veranstaltung nach Kräften zu unterstützen und durch zahlreichen Besuch zu zeigen, daß der internationale Verband für Arbeitersport marschiert.

Es lebe der internationale Arbeitersport!

K. Bühren.

Eine proletarische Tragödie.

Liegnitz. Vor einigen Tagen hörten die Bewohner eines Hauses in der Gutenbergstraße das jämmerliche Weinen eines kleinen Kindes. Da die Wohnung der Witwe, der das Kind gehörte, verschlossen war, wurde die Tür gesprengt. Als die Hausbewohner in das Badezimmer kamen, bot sich ein erschütternder Anblick. Im kalten Wasser saß ein kaum zweijähriges kleines Mädchen, während ein fünfjähriger Knabe aufpassen sollte. Angeblich hat die Mutter das Kind in das kalte Wasser gesetzt und hat sich dann nach ihrer Arbeitsstätte begeben. Die Mutter ist auf ihrer Arbeitsstelle verhaftet worden.

Wie verlautet, wollte die Mutter das Kind umbringen. Ueber die Gründe ist nichts bekannt. Uns erscheint die offizielle Bekanntmachung als nicht zuverlässig. Die Frau, die sicher nur mit Mühe und Not ihre beiden Kinder durchbringen konnte, wird das Opfer der heutigen Gesellschaft geworden sein.

Sozialdemokraten und polizeiliche „Kunstgriffe".

Der „Neusalzer Volkswille", ein sozialdemokratisches Wurstblättchen, bringt einen Bericht über die Besichtigung der Neusalzer Ortspolizei, den wir aus Interesse an unseren Lesern nicht unterschlagen dürfen. Man sollte meinen, Wilhelm II. hätte nicht besser über den preußischen Kommiß urteilen können, wie das sozialdemokratische Käseblättchen über die Polizei. Der Polizeioberinspektor ist der berüchtigte Hansmann, der, wie das Wurstblättchen schreibt, sich von seinen Beamten einige „Kunstgriffe" vorführen ließ. Die Arbeiter hatten anläßlich des Oktober 1923 bereits die Kunstgriffe des Herrn Hansmann kennengelernt. Dieser Herr ließ 13 Glogauer Genossen ohne Grund aus dem Bett verhaften. Wahrscheinlich werden die neuen Kunstgriffe eininstruiert, damit Herr Hansmann weiter bei der nächsten Gelegenheit seine Tüchtigkeit als Kommunistenfresser beweisen kann. Das Neusalzer SPD.-Organ schreibt wörtlich: „Die Qualität des Führers spiegelt sich naturgemäß auch in den Beamten wieder." Die Arbeiter haben bereits die „Qualität" des Herrn Hansmann als Interessenvertreter der Kapitalisten kennengelernt. Das Neusalzer Volkswillchen entlarvt sich als Zuhälter der Kapitalisten. Schmeißt das Blatt aus dem Haus.

Kluske in Dittersbach!

Seit längerer Zeit konnten wir die Wahrnehmung machen, daß der Kriminalkommissar Kluske jetzt so oft sich in Dittersbach sehen läßt; an und für sich hätte es ja nichts zu bedeuten, warum soll ein Breslauer nicht einmal ins Waldenburger Kohlenrevier kommen? Aber die Geschichte ist klar und durchsichtig; man braucht noch die nötigen Unterlagen, um dem Genossen Schulz den Prozeß zu machen. Zu welchen Mitteln die Kriminalpolizei dabei greift, um zu ihrem Ziele zu kommen, zeigen die letzten Vorkommnisse. — Durch dicke Zigarren und Schnaps versucht man, hungernde Proletarier gesprächig zu machen.

Genossen und Sympathisierende, laßt Euch nicht zu Subjekten herabwürdigen, gebt diesen Leuten die gebührende Antwort.

Kämpft mit der KPD. gegen die bestehende Gesellschaftsordnung für eine bessere Zukunft. Schart Euch um das Banner der Revolution.

Betrieb und Werkstatt

Die „Notlage" der Freiburger Uhrenfabrikanten.

Die Freiburger Uhrenfabrikanten klagen bekanntlich Stein und Bein, weil es ihnen so schlecht geht. Bei allen Lohnverhandlungen machen sie die herzerweichendsten Schilderungen ihrer Notlage. Die Uhrenarbeiter und -arbeiterinnen werden ganz jämmerlich bezahlt. Wir brachten vor einiger Zeit eine Aufstellung der Löhne der Uhrenarbeiter, aus den zu ersehen war, daß die Löhne in der Freiburger Uhrenindustrie niedriger wie in der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes sind.

In der „Breslauer Zeitung" finden wir heute einen Geschäftsbericht der Firma: Vereinigte Freiburger Uhrenfabriken A.-G., inkl. vormals Gustav Becker. Dieser Geschäftsbericht beweist, obgleich er konkrete Zahlen nicht sehr viel liefert, daß die Reingewinne dieser Firma ungeheuerlich groß sein müssen. Es heißt in dem Bericht, daß das Herbstgeschäft sehr zufriedenstellend war. Die Direktion hofft, für das laufende Geschäftsjahr wieder eine angemessene Dividende für das Goldkapital verteilen zu können.

War das Herbstgeschäft auch für die Uhrenarbeiter zufriedenstellend? Wie hoch beläuft sich die Dividende für den Proletarier? Die Uhrenarbeiter Freiburgs bekamen kaum ein Drittel des Lebensindex, der in der vergangenen Woche 76 Mark betrug. Da die Geschäftslage in der Uhrenindustrie noch heute gut ist, werden die Gewinne der Herren Fabrikanten ganz enorm sein. Die Uhrenarbeiter Freiburgs dürfen sich also nicht mit leeren Versprechungen abspeisen lassen, sondern haben das Recht und sogar die Pflicht, einen auskömmlichen Lohn zu verlangen.

Der Lohnkampf mit Musik.

Am Sonntag, den 14. Dezember, vormittags, bot sich mir, von Scheitnig kommend, ein komischer Anblick. Herr Stadtrat Senk marschierte im Bratenrock, weißer Halsbinde und Zylinder, in Begleitung des Betriebsratsvorsitzenden der Straßenbahner, Herrn Göhlich, an der Spitze der Straßenbahnkapelle in den Hof des Hauses Ohlauufer 13. Anfänglich glaubte ich, der Reichskanzler Marx sei bei Geheimrat Porsch abgestiegen und man wolle ihm ein Willkommenständchen bringen. Ein Musiker aber, den ich erwischte und fragte, erklärte mir, Herr Stadtrat Zillmer, der Dezernent der Straßenbahn, habe Geburtstag und man wolle ihm ein Ständchen bringen. Nächstens wolle man auch dem Kämmerer dieselbe Ehre erweisen.

Nun, Straßenbahner, wenn der Verkehrsbund die Sache mit Musik macht, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Eure Interessenvertretung ist in „guten" Händen.

Nach der Parteireinigung.

Beobachtungen.

Im Jahre 1923 veranstalteten die Bolschewiki gleichzeitig eine gründliche Parteireinigung und eine Werbekampagne in den Betrieben. Die scharfe Reinigung der Partei von allen schlechten Elementen war eine der Ursachen des Erfolges der Werbekampagne. Die Erfahrungen der russischen Parteireinigung verdienen Beachtung auch in der deutschen kommunistischen Partei. Die Redaktion.

Ich teile die Parteiarbeiter in drei Grundkategorien ein.

Der eine Flügel besteht aus schädlichem, untauglichem, fremdem Element, das sich in die Partei eingeschmuggelt hat. Das sind die Klienten der Reinigungskommissionen. Diese Kategorie hat viele Variationen, sie lassen sich nicht alle aufzählen. Karrieristen, Trinker, Leute, die sich bestecken lassen, Diebe usw. usw.

Am andern Ende sind die echten Kommunisten. Wahre Kämpfer und Helden im Kriege, gute Wirtschaftler und Organisatoren im Hinterlande, moralisch makellos, exemplarische Staatsbürger und Genossen.

In der Mitte befindet sich die ganze übrige Masse. Sie ist nicht sehr schlecht, sie ist nicht sehr gut. Mittelmäßige Menschen. Sie kämpfen, wenn es Krieg gibt, sie bauen im Frieden, sind erträgliche Genossen und Staatsbürger.

Diese letzte Gruppe ist die zahlreichste in der Partei. Und ihm großen und ganzen trägt sie die ganze Schwere der Revolution auf ihren Schultern. Aber diese Gruppe hat ihrerseits zwei Flügel. Der linke schließt sich den „Gerechten" an, er unterstützt diese letzteren und folgt ihnen. Der rechte schließt sich den „Sündern" an.

Es versteht sich von selbst, daß man bei jeder einzelnen Persönlichkeit einen noch feineren Maßstab anlegen kann. Aber im großen und ganzen gruppieren sich die Parteimitglieder nach diesem Schema.

Das ganze Leben einer Organisation, die gesamte Richtung ihrer Wirksamkeit hängen von dem Kräfteverhältnis der genannten Gruppen ab.

Wir wollen es genauer sagen. Die beiden äußersten Flügel der Partei — die „Gerechten" und die „Sünder" kämpfen verzweifelt um die Ausbreitung ihres Einflusses auf die Mittelschicht. Unter dieser Mittelschicht gibt es manche, die mit dem linken Flügel sympathisieren, die diesem gewissermaßen verwandt sind, und wieder andere, die sich dem rechten Flügel zuneigen.

Die „Gerechten" haben die Eigenschaft, sehr feinfühlig auf alle Mißstände, auf jede Verletzung der Parteiethik, auf alle großen und kleinen Sünden der Parteimitglieder zu reagieren.

Die „Sünder" mobilisieren zu ihrer Verteidigung ihre Gesinnungsgenossen und die ihnen Nahestehenden. Auf diese Weise entstehen Gruppierungen. Es beginnt eine Mobilisation der öffentlichen Meinung zugunsten der oder jener kämpfenden Gruppe. Es entsteht das, was man gemeinhin „Intrige" zu nennen pflegt, und was zu der Einmischung der obersten Parteiinstanz führt.

Wer beginnt eine Intrige? Zuweilen die „Gerechten", um die allzu frech auftretenden „Sünder" zu bändigen oder sie gar aus der Partei hinauszuwerfen. Zuweilen ergreifen umgekehrt die „Sünder" die Offensive und beginnen jene zu attackieren, die sie an ihren dunklen Geschäften hindern, die sie zurückhalten, kritisieren, oder die einfach als unerwünschte Zeugen betrachtet werden.

Für einen unaufmerksamen, oberflächlichen Revisor, Inspektor, Untersuchungsrichter oder Mitglied der Kontroll-Kommission ist das Ganze nur „Intrige", nur Kampf um die Macht. Sein Rezept ist sehr einfach. Er entfernt einfach die Intriganten, die Führer der kämpfenden Gruppen. Entweder die Führer beider Gruppen, oder nur einer von ihnen.

Leider ist ein solches Verfahren, die innerparteilichen Konflikte zu liquidieren, sehr verbreitet, obwohl es unserer Partei nur schadet.

Wenn der bessere Teil einer Organisation sieht, daß die Gauner ungeschoren bleiben, während der gegen sie kämpfende Genosse von Wologda nach Kertsch oder von Kertsch nach Wologda „versetzt" wird, — dann entsteht unter diesem besseren Teil der Partei entweder eine hoffnungslose, apathische Stimmung oder eine Wut, die für alle möglichen „ideologischen", oppositionellen Gruppierungen das Material liefert. Wenn eine solche Gruppierung entsteht, dann kann es eintreten, daß man sich sogar im Zentrum für sie zu interessieren beginnt. Oft aber bleibt es unaufgeklärt, daß eine solche Opposition mit einem berechtigten, normalen Protest gegen ein unwürdiges Parteimitglied begonnen hat.

Es braucht nicht gesagt zu werden, welches Aussehen eine Organisation annimmt, wenn unsaubere Elemente (und das ist schon vorgekommen) in ihr die Oberhand gewinnen. Es entsteht dann eine unerträgliche Situation für jedes anständige Parteimitglied, ein Zerfall der Arbeit, ein Aufblühen von Verbrechen, Unterschlagungen usw. In solchen Fällen helfen nur chirurgische Maßnahmen.

Aber auch das übliche Gleichgewicht erzielt keine guten Ergebnisse. Es entsteht dann der Typus eines „Parteibeamten".

Sie sind weder kalt noch heiß. Sie nehmen alle Rundschreiben des Zentral- oder Gouvernementskomitees zur Kenntnis. Ohne sich zu beeilen, machen sie ihre Dienstpflicht durch, führen eine genaue Zahlenrechnung über die ihnen vorgeschriebenen Aktionen, zwängen die ganze revolutionäre Tätigkeit der Partei in die Zahlenquadrate der säuberlich geschriebenen Berichte und sind mit sich zufrieden, wenn alle Punkte ausgefüllt sind und sie dem Zentrum die „ordnungsmäßige" Durchführung aller Vorschriften vermelden können.

Bei diesem Typus eines Parteiarbeiters regnet es nur so von Plänen, Programmen, Instruktionen, Thesen, Enqueten und Berichten aller Art. Sie sind glücklich, wenn in ihrer Organisation äußere Ruhe herrscht, wenn es keine Intrigen gibt und wenn sie niemand behelligt.

Die glückliche Idee einer Parteireinigung veränderte die Lage sehr wesentlich. Mit einem Messerschnitt wurde ein schädlicher und überflüssiger Teil der Partei abgeschnitten. Alle sauberen Elemente können leichter aufatmen. Sie brauchen keine Kräfte mehr zu verlieren auf die unnützen Angriffe gegen Gauner, die sich in die Partei hineingeschmuggelt haben.

Das Gleichgewicht in der Partei hat sich zum Besseren geändert. Die schwankenden Elemente, die zeitweilig geneigt waren, dem schlechten, ansteckenden Beispiel zu folgen, haben die ernüchternde Lehre der Reinigung erhalten. Der straflosen Entweihung des Tempels mit „Wechslern" und „Händlern" ist durch die Reinigung ein Ende gemacht. Im Tempel bleiben nur zwei Kategorien der Gläubigen übrig: Die reinen begeisterten Enthusiasten, die bereit sind, ihr Leben für die Idee des Kommunismus herzugeben, und die übrige, auch aufrichtig gläubige, aber mehr von der Form als vom Geiste der Idee erfüllte Masse. (Ich bitte den Vergleich zu entschuldigen.)

Nach der Parteireinigung muß der folgende Schritt unternommen werden. Man muß eine gute, gesunde Atmosphäre um solche Parteiarbeiter schaffen, die von dem Gesichtspunkt der „Parteibeamten" aus sich von den andern durch nichts auszeichnen oder gar schlechter als diese sind, (da sie dem papierenen Formelwesen nicht die genügende Ehrfurcht entgegenbringen). Aber vom Gesichtspunkt der Partei in ihrer Gesamtheit verdienen solche Kommunisten jede mögliche Unterstützung, die überall auf echt kommunistische Weise zu arbeiten gewohnt sind, und nicht nur ihre Pflicht erfüllen, sondern auch ihren schöpferischen Geist in die Sache hineinbringen, und mit ihrem Beispiel die Massen zu entflammen verstehen. Ein solcher Kommunist ist hundert andere wert.

Wie erkennt man einen solchen Kommunisten? Ein von ihm ausgefüllter Fragebogen wird uns diese, seine persönlichen Qualitäten, nicht aufdecken. Wenn wir die Menschen nur nach den Fragebogen aussuchen, dann werden wir immer finden, daß die Geschickteren unter ihnen die Würdigeren beiseite schieben.

Man muß die Frage der Wahl der Menschen und ihrer persönlichen Qualitäten mit der größten Aufmerksamkeit behandeln. Das gilt sowohl für den Krieg als auch für die Wirtschaft. Die jetzt aus der Partei hinausgefegten Menschen haben oft ihre besseren Genossen nicht zu Worte kommen lassen. Mit mechanischen Versetzungen und oberflächlicher „Liquidation der Intrigen" haben wir häufig den wahren kommunistischen Geist unterdrückt und damit nur einen „Menschen mit einem Parteibillet" gezüchtet. Auch bei der Reinigung unterlief zuweilen, wenn auch seltener, ein ähnlicher Fehler.

Im Kampf gegen die Dürre muß das Unkraut beseitigt werden, denn dadurch wird die Feuchtigkeit für das nützliche Getreide bewahrt. Diese Rolle spielt auch die Reinigung für unsere Partei.

von Sosnowski.

Ein Weihnachtsgeschenk der Erwerbslosen.

Das Glogauer Arbeitsamt hat den Glogauer Erwerbslosen ein Weihnachtsgeschenk überreicht. Wir haben uns (die Redaktion) das Weihnachtsgeschenk näher angesehen und festgestellt, daß das Geschenk eine maßlose Provokation ist. Fünf Zigaretten, die nicht aus Tabak bestehen, sondern wahrscheinlich aus verschimmeltem Kuhmist. Wir empfehlen den Spendern dieser Zigaretten, sie selbst zu rauchen. Es wäre die gerechte Strafe für den Spender, denn ohne Vergiftung kämen sie davon nicht ab.

Ich armer Kalkulator!

Mel.: Ich weiß nicht, was soll es bedeuten.

Ich weiß nicht, was soll es bedeuten?
Die Akkorde stimmen nicht mehr,
Und viele von meinen Leuten,
Die schimpfen und fluchen so sehr —
Sie nennen mich Rindvieh und Dummer
Und Lumpen noch obendrein,
Es bringen nur Aerger und Kummer
Die Kalkulationen mir ein.

Von oben, da werd ich getreten,
Von unten gestoßen, gepufft.
Ich glaub es bald selber Proleten,
Ich bin ein Teufel, ein Schuft!
Für eine „gehobene Stelle".
Da ließ ich mich willig herbei
Und macht euch das Leben zur Hölle
Durch schurkische Antreiberei!

Die Freiheit der Seele, Genossen,
Die habe ich schnöde verkauft.
Hab darum viel Tränen vergossen
Und mir die Haare gerauft.
Was nützt mir mein Titel, mein Name?
Was nützt mir die Kalkulation?
Bin doch nur die beste Reklame
Zur Leuna-Revolution!!!

Kittler im „Leuna-Prolet".

Nette Zustände

herrschen bei der Firma Hegenscheidt in Gleiwitz. Am 19. Dezember verunglückte in der Wäsche bei der Arbeit, und zwar beim Herausziehen von Kesseln, der Arbeiter Poluschik aus Groß-Strehlitz dadurch, indem er mit der Brechstange nachhelfen will, ausrutscht, und durch die zurückschleudernde Brechstange eine sieben Zentimeter lange Kopfwunde davonträgt. Außerdem wurden ihm noch vier Finger der rechten Hand gebrochen. Zurückzuführen ist dieser Unfall auf die Müdigkeit und große Ueberanstrengung der Proleten, welche die Last der Arbeit nicht mehr meistern können.

Wer aber glaubt, daß die Vertreter der Unternehmer, also die Sklavenantreiber, mit solch Verunglückten Mitleid haben würden, der hat sich bitter getäuscht.

Der Herr Oberingenieur Rüger antwortet und äußert lakonisch: Nun, warum geben die Leute nicht acht. — Wenn sie acht geben würden, könnte ihnen nichts passieren, denn — dem Herrn Oberingenieur Rüger kann bei seiner schweren Arbeit im Büro, den Polstersessel zu drücken, nichts Derartiges passieren. Höchstens kann im Herbst oder Winter eine krepierende Fliege von der Decke herabfallen und an seine Nase stoßen. Jedoch wird es bei dieser Hinsicht kein Unglück geben oder aber, der Herr Oberingenieur müßte einmal etwas zuviel über den Durst getrunken haben und mit seinem Klubsessel im Büro umfallen. Dann gäbe es einen großen Krach, aber immer noch lange nicht ein schweres Unglück.

Aehnlich stellte sich auch der Meister Bienek bei dem Unglück, das geschehen war, ein. Als sich etliche Arbeitskollegen um den zusammengebrochenen Verunglückten bemühten, herrschte er sie mit nicht mißverstehender Gebärde an: Macht, daß Ihr an die Arbeit kommt, Ihr könnt ihm doch nicht helfen.

Die Ausführungen dieser beiden Antreiber dokumentieren so recht das kapitalistische System. Ein Arbeiterleben zählt bei diesen Herren nichts, denn es kostet auch nichts. Einen kann man rausschmeißen oder einer kann zum Teufel gehen und schon stehen zehn bereit, um seine Stelle einzunehmen.

Arbeiter! Wie lange wollt Ihr ein solches System noch dulden? Es ist höchste Eisenbahn, sich aufzuraffen und dieses System zum Teufel zu treiben.

Wie der Landarbeitersekretär Häusler aus Striegau seine Verbandskollegen „vertritt"

betrifft folgender Vorfall: Ein bei dem Gutsbesitzer Jerchel beschäftigter Landarbeiter geriet mit dem Verwalter in einen Wortwechsel. Von Jerchel zur Rede gestellt, erklärte ihm der Arbeiter, daß er mit ihm nichts habe und ihn daher die Sache nichts angehe. Als Antwort kam die sofortige Entlassung. Da kein Entlassungsgrund auf dem Entlassungsschein angegeben war, wurde dem Entlassenen die Erwerbslosenunterstützung verweigert, ebenso die Wohlfahrtspflege. Da das Arbeitersekretariat auch keinen Rat wußte, wandte sich der Entlassene an den Verbandssekretär Häusler. Da es nun einfacher ist, einen Proleten zu den Feiertagen, vielleicht ohne einen Bissen Brot für sich und die Familie, auf der Straße liegen zu lassen, als etwa dem gnädigen Herrn die Feiertagslaune zu verderben, gab dieser wackere SPD.-Kämpe, Reichsbannerführer, im Nebenberuf mehrfach prämiierter Kommunistenfresser, der in seinen politischen Kenntnissen von unseren Jugendgenossen beschämt wird, diesen Mangel aber in kommunistischen Versammlungen durch ein disziplinloses Benehmen, welches an Lächerlichkeit grenzt, wettzumachen versucht, dem Kollegen folgenden Rat: „Am besten ist es, Du gehst hin, bittest den Herrn um Verzeihung und bittest ihn, daß er Dich wieder einstellt."

Arbeiter, was hat der alte Bebel gesagt? **„Nicht betteln, nicht bitten nur mutig gestritten, nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht."** Daß Häusler das nicht weiß, nehmen wir ihm nicht übel, denn er hat es ja nicht nötig zu kämpfen, da man solche Verdienste um das Unternehmertum zu belohnen wissen wird. Erfreulich ist es, daß der Entlassene, seinem Klassenbewußtsein folgend, erklärt hat: Lieber verhungere ich, als daß ich betteln gehe. Es wäre nun noch die Frage aufzuwerfen, wie verhält sich der Vorwurf, welcher uns von seiten der SPD. dauernd gemacht wird, wir zersplittern die Gewerkschaften, wir treiben die Arbeiter der Reaktion in die Hände, in Wirklichkeit? Jeder denkende Arbeiter muß sich ohne weiteres sagen, daß durch solch hundsgemeinen Verrat 60 von 100 angeekelt, dem Verband den Rücken drehen, indifferent werden, zermürbt von der wirtschaftlichen Not, den Versprechungen und Lockrufen der Reaktion erliegen und so durch die Schuld der verräterischen SPD.-Führer ins schwarz-weiß-rote Lager getrieben werden.

Darum hinein in die Gewerkschaften, sagt denjenigen, die Eure Interessen mit Füßen treten, zum Teufel macht die Verbände wieder zu Kampforganisationen, zieht auch politisch die Konsequenzen und tretet ein in die Kommunistische Partei, dann werden unsere Sklavenketten bald fallen.

Was hat der Görlitzer Betriebsrätekongreß des DTV. gebracht?

Am 14. und 15. Dezember hat in Görlitz zum zweiten Male seit Bestehen des DTV. eine Reichskonferenz der im Deutsche Textilarbeiterverband organisierten Betriebsräte stattgefunden.

Von dem Kongreß waren oppositionelle Betriebsräte von vornherein (durch die Wahlverordnung des Zentralvorstandes) ausgeschaltet. „Der beizubehaltende Geist von Kassel" (Verbandstag im April 1924) beleuchtet die Tatsache, daß dem in Landeshut (Schlesien) gewählten Kommunisten Witte vom Hauptvorstand die Mandatsbestätigung versagt wurde, weil er der KPD. angehörte!

Die nach dem „Vorwärts"-Bericht anwesenden 405 Kongreßteilnehmer waren anscheinend von den kapitalistischen „Fach"-Referaten — das zweite Referat wurde z. B. nach dem „Vorwärts" vom „kaufmännischen Führerstandpunkt" aus gehalten, der einem Proletenhirn unverständlich sein muß — so angegriffen, daß sie auf eine Diskussion überhaupt verzichteten.

Immerhin aber haben einige Referenten auch Dinge erwähnt, die dem Arbeiter und besonders dem Betriebsrat sehr wohl einleuchten, so z. B., wenn von der Machtposition gesprochen wurde, die die Betriebsräte in den Betrieben behaupten oder zurückerobern müßten. Und noch etwas Merkwürdiges ist ausgerechnet auf dem sozialdemokratisch ausgesiebten Kongreß in dem Referat des Ingenieurs Wildt, anscheinend ohne Widerspruch, ausgeführt worden. Das Kernproblem aller Betriebsrätearbeit sei die Gestaltung der Produktionskontrolle im Betrieb; nicht Belastung der Arbeiterschaft, sondern Verteuerung der Produktionsmethoden, der Technik usw., herbeigeführt durch die Arbeiter selbst!

Wer den „Textilarbeiter" liest und darin die wüste Kommunistenhetze und besonders die Versuche verfolgt hat, die kommunistische Parole der Arbeiterkontrolle der Produktion lächerlich zu machen, der faßt sich an den Kopf, der erkennt aber auch, wie hohl die ganze Hetze der DTV.-Bürokratie ist.

Freilich, einen Haken hat die Behandlung dieser wichtigen Frage in Görlitz doch: trotz allen Geredes über Machtpositionen und Produktionskontrolle wurde das Kernproblem in seiner konkreten, der heutigen wirtschaftlichen und politischen Lage entsprechenden Gestaltung umgangen, verschleiert. Die Arbeiter haben sollen wohl auch durch die Görlitzer Fragestellung den Eindruck gewinnen, als ob eine wirkliche Kontrolle oder auch nur Mitbeschließung der Betriebsräte, als ob eine Entlastung der Arbeiterschaft trotz Wirtschaftsverfall, trotz Dawesabkommen und Unternehmerhochmut möglich wäre auf friedlichem Wege, ohne zugleich die ganze Frage der Staatsmacht aufzurollen.

Man wird fortan sagen: Jawohl, auch wir haben in Görlitz Produktionskontrolle, Regelung der Arbeitszeit usw. durch die Betriebsräte gutgeheißen, man wird so sprechen, um erneut Verwirrung in die Reihen der Textilarbeiterschaft zu tragen und dadurch praktisch dem Unternehmertum freie Hand für immer stärkere Arbeiterausbeutung lassen, wie bisher.

Die Textilarbeiterschaft aber darf sich nicht verwirren lassen. Sie muß im Auge behalten, daß sie im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht aus dem Elend herauskommt, sondern daß sie auf allen Gebieten gerade Kaders zur Sprengung dieses Rahmens schaffen muß.

Sie muß darauf pochen, rücksichtslos, daß sie den Achtstundentag zurückerobert, daß keine Entlassungen vorgenommen, sondern wirklich durch Ausnützung der Maschinen, Rohstoffe usw. Arbeit zu ausreichenden Löhnen für alle Arbeiterkategorien geschafft wird. **Und an der Spitze auch dieser Kämpfe müssen die Betriebsräte stehen.**

Breslau

Bestechungen in Rußland.

So ruft die „Volkswacht" hocherfreut aus und berichtet von einem großen Prozeß, der gegen hohe russische Justizbeamte eingeleitet wurde.

„Nach den Behauptungen unserer Kommunisten kommt so etwas nur in den verseuchten kapitalistischen Staaten vor — aber nicht bei ihnen."

schreibt sie und versucht damit, die kapitalistischen Staaten reinzuwaschen.

Ja, liebe „Volkswacht", das kommt auch in Rußland vor. Denn die Menschen, die Jahrhunderte lang vom Kapitalismus verseucht wurden, werden nicht auf einmal unter der Diktatur des Proletariats Engel. Dazu ist ein erbarmungsloser, hartnäckiger, jahrzehntelanger Kampf gegen die Ueberreste des Kapitalismus notwendig. Aber diesen Kampf führt allein Sowjetrußland. Während in Deutschland die Schieber frei herumlaufen, oder wenn sie schon in seltenen Fällen verhaftet werden, alle Vergünstigungen des Strafvollzugs genießen, die politischen Gefangenen versagt bleiben, geht man in Rußland anders gegen diese Sippe vor. Die „Volkswacht" selbst berichtet:

„Erst vor einigen Monaten sind in Petersburg in einem Monstreprozeß eine Reihe von Untersuchungsrichtern wegen Bestechlichkeit zum Tode verurteilt worden und verschiedene andere Richter und Staatsanwälte zu schweren Gefängnisstrafen."

Ja, liebe „Volkswacht" Bestechungen gibt es auch in Rußland. Aber solche Strafen für Bestechungen gibt es nur in Sowjetrußland.

*

Am 1. Januar werden zwei Ortsbriefzustellungen ausgeführt (um 8 Uhr vormittags und 2½ Uhr nachmittags). Die Geld- und Paketzustellung ruht am 1. Januar.

Geschäftliches.

Wir machen unsere Leser auf das Inserat der Zigarettenfabrik „Yenidze" aufmerksam, deren Fabrikate in jedem Zigarrengeschäft zu haben sind.

Verantwortlich für den gesamten Text: Erich Glückauf, Breslau; Inserate: [illegible] Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.
Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Theater

Montag, 29. 12. 1924:

Stadttheater „Madame Butterfly"

Lobetheater [illegible]

Thaliatheater [illegible]

Schauspielhaus „Gräfin Mariza"

Liebich-Theater [illegible]

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2845.
Täglich 8 Uhr:
In neuer Ausstattung:
Gräfin Mariza

Achtung!
Billige Fahrräder
von 75.— Mk. an.
Reparaturen sauber und billigst.
Reparatur-Werkstatt
[illegible]straße 23.

Versammlungskalender.

Breslau. Bezirk [illegible]. Mittwoch, den 31. Dezember, abends 8 Uhr, Bezirks-Versammlung Lokal [illegible]straße 6[illegible].

Gewerkschaften

[illegible] Achtung Steinarbeiter! Dienstag, den 30. Dezember 1924, abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Zimmer 16, Generalversammlung der Steinsetzer statt.

Amtliche Bekanntmachungen von Weißstein.

Nach der vom Herrn Regierungspräsidenten am 6. 11. 1924 erlassenen Polizeiverordnung, veröffentlicht im Amtsblatt 1924, Seite 440, unterliegt der Bau von Hochantennen und Außenantennen aller Art der baupolizeilichen Genehmigung. Die bei Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bereits bestehenden Antennenanlagen sind innerhalb 4 Wochen der Baupolizeibehörde anzuzeigen.

Die Baupolizeiverordnung liegt im Gemeindebureau zur Einsichtnahme aus.

Weißstein, den 18. Dezember 1924.
Der Amtsvorsteher.
W. Hertwig.

Auf die durch Kreisblattverfügung vom 18. 9. 1924 (Krs.-Bl. S. 233) seitens des Herrn Landrat angeordnete Hundesperre weise ich hiermit hin. Sie bleibt noch zu Recht bestehen und gilt bis auf weiteres.

Weißstein, den 23. Dezember 1924.
Der Amtsvorsteher.
W. Hertwig.

Amtl. Bekanntmachungen von Nieder-Hermsdorf.

Die Heberolle der land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung des hiesigen Gemeindebezirks (Vorschußzahlung für das Rechnungsjahr 1924) liegt in der Zeit vom 29. Dezember 1924 bis 5. Januar 1925 im hiesigen Steuerbüro während der Dienststunden zur Einsichtnahme der Beteiligten öffentlich aus. Einsprüche gegen die Beitragsberechnung können innerhalb 2 Wochen, vom ersten Tage der Auslegung an gerechnet, bei dem Sektionsvorstand (Kreisausschuß Waldenburg) erhoben werden.

Nieder-Hermsdorf, den 23. Dezember 1924.
bei Waldenburg i. Schles.

Der Gemeindevorstand. 76

Betrifft: Getränkesteuer-Anmeldungen.

Nach § 3 unserer Getränkesteuerordnung vom 21. August 1923 besteht auch die Verpflichtung zur Entrichtung der Steuern für diejenigen, die steuerpflichtige Getränke im eigenen Haushalt zum Selbstverbrauch herstellen oder von auswärts z. Selbstverbrauch beziehen. Es sind uns nun mehrere Fälle bekannt, wo namentlich im privaten Haushalt Obst- und Beerenweine sowie auch die verschiedensten Schnäpse hergestellt werden. Weiter ist uns bekannt, daß größere Mengen Liköre und namentlich Branntwein in sogenannten Sammelbestellungen von auswärts hier eingeführt werden. Indem wir die betreffenden Hersteller bezw. Bezieher auf die Anmeldepflicht nochmals hinweisen, machen wir darauf aufmerksam, daß die Anmeldung innerhalb acht Tagen nach Empfang der Ware bezw. Fertigstellung derselben im hiesigen Steuerbüro zu erfolgen hat. Wir werden eine Revision einsetzen und im Uebertretungsfalle ohne Nachsicht das Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung einleiten.

Nieder-Hermsdorf, den 23. Dezember 1924.
bei Waldenburg i. Schles.

Der Gemeindevorstand.
Steuerverwaltung. 78

Herren-Garderobe
fertigt preiswert an
Radlewski
Oderstrasse Nr. 14, III.

Zum Anfertigen von
Kleidern, Blusen, Wäsche
usw.
empfiehlt sich
Elfriede Müller
Dirigstrasse 47
:: Ober-Langenbielau ::

Der Knüppel
ist
wieder freigegeben.
Lest diese satirische Arbeiterzeitung und sorgt dafür, daß diese scharfe Waffe des kämpfenden Proletariats überall in die Hände der Arbeiter kommt.

Zu beziehen durch die **Literaturobleute** und die Buchhandlung der
Schlesischen Verlagsgesellschaft
G. m. b. H.
Breslau, Trebnitzer Straße 50.